

Ostdeutsche Bau-Zeitung vereinigt mit Deutsche Baugewerbe-Zeitung Leipzig

32. Jahrgang

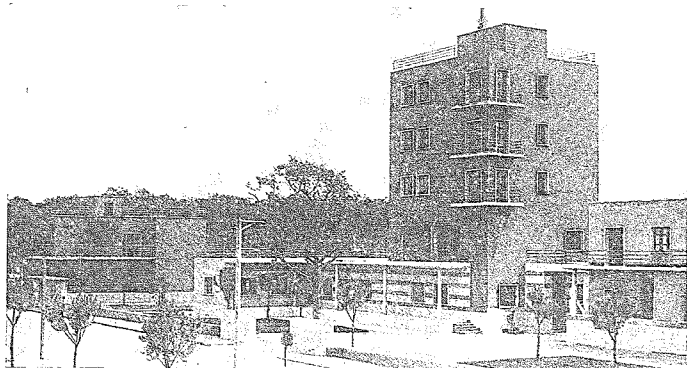
Breslau, den 18. Oktober 1934

Nummer 42

Die Urbarmachung und Besiedlung der pontinischen Sümpfe

2 Abschnitt: Sabaudia, 2. Teil. Vergl. Nr. 45/1933 Seite 413-417

Von Johannes Reischel, Breslau



Sabaudia. Landwirtschaftliche Beratungsstelle

Eine besondere Aufgabe, deren Lösung sehr große Sorgfalt erforderte, war der Schutz der zahlreichen Arbeitskräfte gegen die Malaria, jenes tickische Fieber, welche dieses Gebiet seit der Neuzeit unbewohnbar gemacht hatte. Da das pontinische Gebiet mit Age seiner geringen Bevölkerung für die oft die zehntausend umschreitende Arbeiterschaft keine Unterkunfts-möglichkeiten hatte, wurden in den Brennpunkten der Arbeitsgebiete zwei Arbeits-lager errichtet und zwar in ziemlich kurzer Zeit. Das eine entstand in der Nähe des früheren Ortes Sessano, das andere bei Canogrosso, im Buschwerk, in der Nähe der Kohlenmeiler. Anfang März 1933 hexogen, waren beide Lager Mitte Mai schon bezugs-fähig. Jedes der beiden Lager ist, wie der Lageplan zeigt, in vier Einzellager geteilt, von denen jedes gesondert betrieben wird. Jedes Viertel enthält zehn Wohnbaracken in der Größe von 24 mal 5,85 Meter, die aus unverbrennbaren Materialien erbaut sind. Jede der 40 Baracken bietet Platz für 50 Arbeiter. Eine gleichgroße Baracke in jedem Viertel dient dem „Dopolavoro“ (Nach der Arbeit) entsprechend unserer NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Die tragende Konstruktion ist aus Eisen. Die fünf Polonceaubinder jeder Baracke ruhen auf Eisengitterstützen, die nach außen sichtbar liegen. Das Dach ist mit gewellten Eternitplatten gedeckt. Die Umfassungen sind aus gepreßten Hobelspänen herzustellen und durch Tränken mit einer Lösung unverbrennlich gemacht worden. Die Wände sind innen und außen verputzt, so daß eine Wandstärke von insgesamt 8 Zentimeter entsteht, wodurch der Raum gegen Witterungseinflüsse geschützt ist. Jede Baracke hat acht Fenster, 2 mal 2,50 Meter groß, mit eisernen Rahmen. Durch vorgesetzte Drahtnetze sind sie gegen Moskitos geschützt, so daß sie nachts

geöffnet werden können, ohne daß die Insassen der Malaria-gefahr ausgesetzt sind. Die Betten sind in der Mitte der Baracke in zwei Reihen aufgestellt. Die beiden Eingänge an den Stirnseiten haben Windfänge mit drei Türen, die innere Tür ist von Eisenplatten hergestellt. Alle Türen haben Selbstschließer. Der Pflasterboden liegt 30 Zentimeter über dem Gelände als Schutz gegen Erdfeuchtigkeit. Eine kleine Baracke am Eingang eines jeden Viertels dient als Wachtlokal, ebenso hat jede Abteilung einen Trinkwasserbrunnen. Die vier Einzellager sind, wie der Lageplan zeigt, um einen freien Platz von etwa 60 mal 75 Meter gruppiert und jedes besonders ein-gegliedert. Zu der Ausstattung jedes Teillagers gehören noch vier



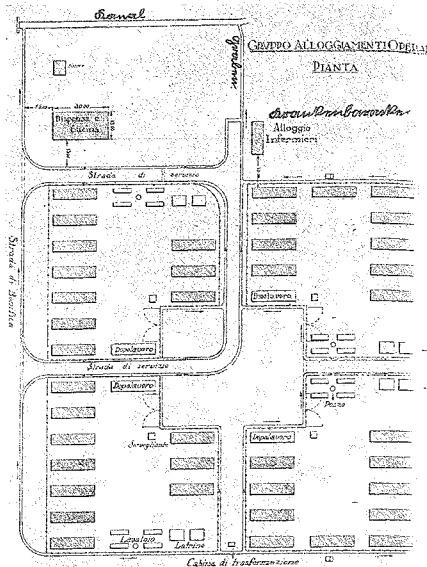
Littoria und Sabaudia. Kolonistenhaus zwischen erhalten gebliebenem Baumbestand

Die Urbarmachung und Besiedlung der pontinischen Sümpfe

Waschtröge und zwei Abortanlagen. Das Küchen- und Kautinenten-
gebäude von 450 Quadratmeter Grundfläche ist neben dem eisen-
lichen Lager untergebracht und für alle 40 Baracken gemeinsam,
ebenso die Krankenbaracke. Die Geschäftsführung des Lager-
betriebes ist einer Gesellschaft übertragen. Für das Nachtlager
zählt der Arbeiter einen halben Lira, mit Verpflegung 4,50 Lira.
Doch die alten Vorsichtsmaßregeln entsprechende Bauweise ist
noch nicht genügend, um die Malaria-gefahr ganz zu beheben.
In jedem Lager ist noch ein besonderer Sanitätsdienst eingerichtet.
Wenn die Arbeiter des Morgens die Baracken verlassen haben,
werden durch den Sanitätsdienst die Räume mit Insektenpulver
ausgeräuchert. Nachmittags werden die Baracken noch mit Flit
ausgesprüht und abends sorgt der Sanitätsdienst dafür, daß alle
Türen verschlossen sind. Nur dadurch, daß sowohl in der Bauweise
wie in der Betriebsführung der Lager alle Vorsichtsmaßregeln an-
gewendet wurden, war es möglich, die Arbeitskräfte vor den
Tücken der Malaria zu bewahren und die Arbeiten im pontinischen
Land auszuführen.

Am Strande des Tyrhionischen Meeres wurde in der Nähe des Circefelsens durch das Frontkämpferwerk außerdem noch ein Sebad für 400 Kinder errichtet. Es sind vorläufig nur Baracken gebaut worden, doch hofft man, den Badebetrieb zu heben, wenn das pontische Gebiet ausgebaut sein wird.

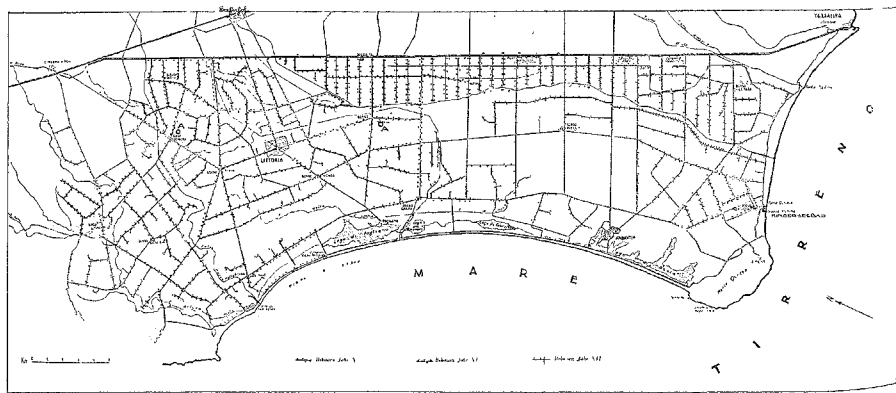
Bis Ende April 1934 waren in dem ehemaligen Supplandale bereits 1350 Kolonisten angesetzt. Der zurzeit in Arbeit befindliche dritte Baublock zuzüglich aufbaufähiger Flächen umfaßte 17 000 Hektar mit 1097 Gehöften und 4 landwirtschaftlichen Verwaltungszentren. Damit verbunden ist der Bau von 177 Kilometer Straßen und 976 Kilometer Kanälen sowie 12 artesischen Brunnen. Dadurch, daß die Schwierigkeiten der Urbarmachung mit dem Fortschreiten der Arbeiten immer geringer werden, kann auch das Programm mit jedem Jahr vergrößert werden, bis schließlich in kurzer Zeit die letzte Spur des Fieberherdes gelöscht ist. So konnte auch die Zahl der im pontinischen Gebiet beschäftigten Arbeitskräfte von Jahr zu Jahr erhöht werden. Nach der Statistik betrug die Zahl der vom „Opere nazionale“ bezahlten Arbeitskräfte im Juni 1932 3856 mit 78871 Arbeitstagen. Die Zahl hat sich bis zum Januar 1933 mehr als verdoppelt, sie stieg auf 7115 Arbeiter mit 141 916 Tagewerken. Im April 1933 waren es schon 9551 Arbeitskräfte mit 198 000 Arbeitstagen. Das sind fünf Siebentel aller im italienischen Staat durch das „Opere nazionale“ beschäftigten Arbeitskräfte. Nach Vollendung des dritten Baublockschneittes im Jahre 1935 werden 41 600 Hektar unter dem Pfluge



Lageplan eines Arbeitslagers im pontinischen Sumpfgebiet für 2000 Arbeitskräfte

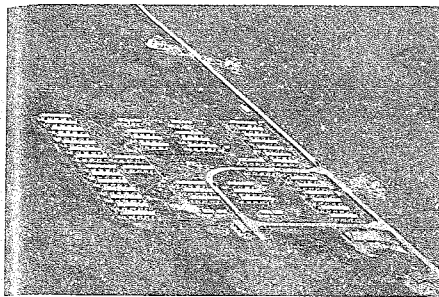
und 2465 Kleinbauern angesetzt sein. Das ist ungefähr die Hälfte des Gesamtprogrammes, das Mussolini aufgestellt hat.

Es ist selbstverständlich, daß man bei einem Kulturwerk von solcher Bedeutung nicht den Maßstab eines Unternehmens anlegen kann, bei dem eine sofortige Verzinsung des angelegten Kapitals herauspringen muß. Aus diesem Grunde war auch die Lösung

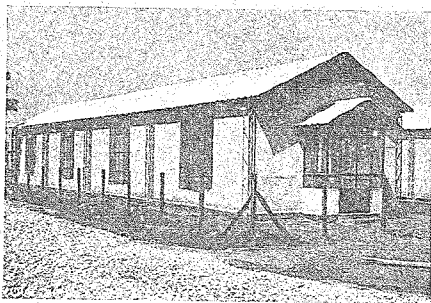


Gesamtlageplan des pontinischen Siedlungsgebietes mit Littoria und Sabaudia. Das Gelände wird im Nordosten von der Via Appia begrenzt. A = Arbeitsgebiet

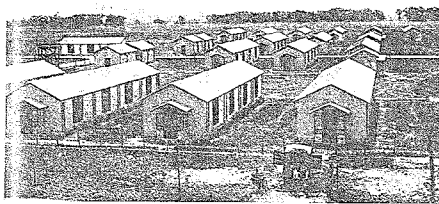
Die Urbarmachung und Besiedlung der pontinischen Sümpfe



Flugzeugaufnahme eines Arbeitslagers im pontinischen Sumpfgebiet. An der Hauptstraße sind 4 Kolonistenhäuser zu sehen



Wohnbaracke eines Arbeitslagers



Eingang mit Blick auf einen Teil der Baracken

der pontinischen Frage vor dem Faschismus unmöglich. So sehr auch in Italien die Siedlungsfrage im Vordergrund steht und in dem dicht bevölkerten Lande jeder Hektar neu gewonnenen Kulturbodens hoch zu werten ist, so muß doch festgestellt werden, daß nicht die Ansiedlung von 4000 bis 5000 Frontkämpfern das hauptsächlichste Moment ist, sondern die endgültige Beseitigung eines zweitausendjährigen Malariaherdes durch Entsumpfung seines 800 qkm großen Geländes. Außer ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung hat die Besiedlung des pontinischen Landes die Mission, das Gebiet vor einer Wiederversumpfung zu schützen, indem es dauernd in Kultur gehalten wird. Denn die Geschichte hat gezeigt, daß die geringste Vernachlässigung katastrophale Folgen zeitigte. Noch vor zwei Jahrzehnten errichtete man dem Schöpfer des ge-einten Italiens mitten in der Hauptstadt ein riesiges Denkmal mit großen Säulenhallen. Der Faschismus wird einmal ein solches nicht nötig haben. Das neu erwonnene pontinische Land mit einer Bevölkerung von 50 000 Menschen spricht deutlicher als alle Monumentalität der Denkmäler.

Kurze Nachrichten aus dem Baugewerbe

Croßer Erfolg der Gebäudeinstandsetzung. 16 Handwerke listeten 24 Millionen Tagewerke. Ueber den erfreulichen Erfolg der Reichsaktion zur Förderung von Gebäudeinstandsetzungen und Wohnungsteilungen werden durch eine Veröffentlichung des Deutschen Handwerksinstituts interessante Einzelheiten bekannt. Von den gesamten Arbeiten seit Beginn der Arbeitsbeschaffung entfielen etwa 20 bis 30 Prozent auf Umbauten und 70 bis 80 Prozent auf Instandsetzungen. Von den Umbauten kamen etwa ein Drittel auf Wohnungsteilungen mit einem Zuschuß von weniger als 1000 RM. Zurzeit stehen nur noch etwa 2 Prozent der Großwohnungen leer gegenüber 4 bis 5 Prozent in den Jahren 1931/32. Die in den Monaten Oktober 1933 bis April 1934 vorgenommenen Instandsetzungen und Erneuerungen übertreffen bei weitem die jährlichen Aufwendungen der Vorkriegszeit und der Nachkriegsjahre. In den Wintermonaten 1933/34 wurden mindestens 54 Millionen Menschen durch die bezuschußten Arbeiten beschäftigt. Die Beteiligung der einzelnen Handwerkszweige war sehr verschieden. 16 untersuchte Handwerkszweige haben insgesamt 24,8 Millionen Tagewerke geleistet. Von diesen entfielen allein 46 Prozent auf die Maurer. In die weiteren 29 Prozent teilen sich die Maler und Tischler etwa zur Hälfte.

Henry Ford baut sich ein altenglisches Dorf. In der Nähe seines Hauses in Dearborn (Michigan) beginnt gegenwärtig der amerikani-

nische Autokönig Henry Ford ein altenglisches Dorf zu errichten. Zu diesem Zweck hat er in England eine Reihe von alten Dorfhäusern aufgekauft und läßt sie jetzt nach Amerika bringen. Der erste Ankauf Fords war das alte Landhaus von Sir Thomas Boleyn, dem Vater von Anna Boleyn, einer der Gemahlinnen Heinrichs VIII. Dieses Landhaus, das in der Grafschaft Essex liegt, wird Ford so restaurieren lassen, daß es wieder das Aussehen wie zur Zeit Heinrichs VIII. erhält und wird es dann, ebenso wie einige andere historische Häuser, in Amerika wieder anbauen. — Aus welchem Grunde läßt sich England seine historischen Stätten und seine Dokumenten altenglischer Baukunst nach Amerika entführen? An Nichtachtung oder gar an Mangel an Geldmitteln zur Unterhaltung kann es doch nicht liegen. Im neuen Deutschland würde Ford jedenfalls bei ebensolchen Ansinnen abschlägig beschieden werden.

Monteciale, die Fliegerstadt Italiens. Gegenwärtig wird in der Nähe von Rom die erste Fliegerstadt der Welt nach den modernsten städtebaulichen Grundsätzen errichtet. Diese Stadt, die Monteciale heißen wird, bekommt ein Forschungsinstitut für das Flugwesen sowie ein Fliegerarsenal mit großen Laboratorien. Zu besonderen Versuchen mit Wasserfliegzeugen wird ein etwa 1000 m langer Wasserkanal gebaut.

Schutz des Berufes und die Berufsausübung der Architekten

Zweite Anordnung des Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste betr. den Schutz des Berufes und die Berufsausübung der Architekten vom 1. Oktober 1934

§ 1. Wer der Reichskammer der bildenden Künste den Nachweis erbringt, daß er zur Zeit des Inkrafttretens des ersten Anordnungsbeschlusses den Schutz des Berufes und die Berufsausübung der Architekten vom 28. September 1934 vertragsmäßig verpflichtet war, Pläne für Bauten zum Zwecke der Einreichung bei den Baupolizeibehörden auszubereiten, ist ohne Rücksicht auf die Vorschriften der ersten Anordnung berechtigt, diese Pläne bis zum 1. Dezember 1934 bei den Baupolizeibehörden einzureichen und für den Bauherren zu vertreten.

§ 2. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 1. Oktober 1934.

Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste.

Hönig.

Kurze Anmerkung zum Berufsschutz.

Das Dritte Reich hat uns Architekten innerhalb eines Jahres den Berufsschutz gegeben. 30 Jahre Kampf der Architekten in der Vergangenheit um einen solchen haben nicht zum Ziele geführt und konnten dies auch nicht, weil sich die „Interessenten“ eine reinliche Regelung mit eindeutiger Verantwortung und Verpflichtung nicht vorstellen konnten.

Für uns Architekten BDA, Mitglieder der Kammer der bildenden Künste, ist das Gesetz vom 1. Oktober 1934 eine Verpflichtung, über deren Schwere und Größe wir uns im klaren sind, und für deren Erfüllung wir uns voll und ganz einsetzen.

Das zu sagen, ist für einen Nationalsozialisten eigentlich nicht

nötig. Da jedoch Nörgler und Besserwisser bereits Angst bekommen oder augenblickliche Sorge um die Verpflichtung vorbringen, ist es doch wohl notwendig, zu deren Beruhigung dies auszuführen: Die Architekten und alle Einsichtigen und um wahre Baukultur Besorgten haben nicht den leisesten Zweifel, daß im Interesse der Baukultur des Dritten Reiches, unseres nationalsozialistischen Staates, diese Regelung kommen mußte.

Wir Architekten sehen darin keine Bevorzugung, sondern eine ungeheure Verantwortung. Ein Gesetz an sich tut nichts; die Leistung der Erfüllung ist alles. Der zu leistende Dienst an Volk und Vaterland ist das Vorrecht, sofern einer ein solches sehen will. Ein Monopol ist nach der üblichen Auslegung etwas „Unnatürliches“. Wir lehnen diese „Auswertung“ und diesen Begriff überhaupt aus innerster Überzeugung und tiefstem Pflichtgefühl ab. Sollten solche Regungen trotzdem auftauchen, so werden wir nie vergessen, daß wir zuerst Nationalsozialisten sind und werden. Man muß genug sein, um diese Regungen rücksichtslos schon im Anfang zu stoppen.

Der tägliche Nachweis der Leistungen aller in die Kammer aufgenommenen Architekten wird der Fachverbandsführung sehr verständnisvoll gegenüber sein; den Jungen bleibt die Tür offen, und das Ganze wird im Dienste des Führers Adolf Hitler sicher erhalten.

Professor C. Chr. Löschner.

Architekt BDA, Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste.

1. Vorsitzender des Fachverbandes für Baukunst.

*) Meß es aber nicht sein; vgl. Postmonopol.

Schutz des Berufes und die Berufsausübung der Gartengestalter

Erste Anordnung des Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste betr. Schutz des Berufes und die Berufsausübung der Gartengestalter vom 1. September 1934

Auf Grund des § 25 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammerngesetzes vom 1. November 1933 (RGBl. I, Seite 797) wird folgendes angeordnet:

§ 1. Berufsausübung.

Die Eingliederung in die Reichskammer der bildenden Künste durch den Bund Deutscher Gartengestalter e.V. als Fachverband für Gartengestaltung ist Voraussetzung für die Ausübung des Berufs als Gartengestalter. Mitglied des Fachverbandes kann nur werden, wer

1. bei der Erzeugung und Erhaltung von Kulturgut mitwirkt, wobei als Kulturgut jede Leistung und Schöpfung auf dem Gebiete der Garten- und Landschaftsgestaltung gilt, wenn sie der Öffentlichkeit übermittelt wird,
2. die für die Ausübung der Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung besitzt.

§ 2. Begriff der künstlerischen Leistung.

Als Leistung oder Schöpfung der Gartenkunst ist jede planende, künstlerisch anordnende, beratende, betreuende und leitende Tätigkeit auf dem Gebiete der Garten- und Landschaftsgestaltung anzusehen, die von eigenständiger Gestaltungskraft zeugt und nicht lediglich die Anwendung erlernter technischer Kenntnisse ist. Nützlichkeitszwecke des gestalteten Werkes schließen den Begriff der künstlerisch-schöpferischen Leistung nicht aus.

§ 3. Berufsbezeichnung.

Die Mitglieder der Reichskammer der bildenden Künste, Fachverband für Gartengestaltung, führen die Berufsbezeichnung „Gartengestalter“ mit dem Zusatz: Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste.

§ 4. Führung der Berufsbezeichnung.

Die Gartengestalter sind verpflichtet, die Berufsbezeichnung „Gartengestalter“ auf allen beruflichen Schriftstücken und bei jedem Auftreten in der Öffentlichkeit zu führen. Die Führung von anderen Berufsbezeichnungen, Zusätzen oder Abkürzungen ist untersagt, insbesondere die Bezeichnung „Garten- oder Landschaftsarchitekt“. Der Zusatz „beidigteter Sachverständiger“ ist zugelassen. Unberührt bleiben die Vorschriften über die Führung von Amts- und Berufsbezeichnungen durch die Beamten und Angestellten des Reiches, der nachgeordneten Behörden und öffentlichen-rechtlichen Körperschaften. Unberührt bleiben ferner die Vorschriften über die Führung akademischer Grade und Titel.

§ 5. Berufspflichten.

Die Gartengestalter tragen gegenüber der Öffentlichkeit, den Behörden und den Auftraggebern die Verantwortung für die Einhaltung der Richtlinien deutscher Kultur und Gartenkunst, für die Einhaltung ihrer Aufgaben in das landschaftliche Gesamtbild und für die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

§ 6. Berufsgrundsätze.

Für die Gartengestalter sind neben der satzungsmäßigen Verpflichtung, sich in ihrem beruflichen und außerberuflichen Verhalten der Achtung und des Vertrauens würdig zu zeigen, das der Beruf erfordert, insbesondere folgende Berufsgrundsätze maßgebend:

1. Jede anfrühhliche Form geschäftlichen Wettbewerbs und öffentlicher Ankündigung hat zu unterbleiben.
2. Vor Beginn der Leistungen ist ein schriftlicher Vertrag mit dem Auftraggeber zu schließen, der mindestens Angaben enthält über die Aufgabe, den Umfang der Leistungen und die Höhe des vereinbarten Honorars.
3. Das Honorar für die Leistungen ist nach der Gebührenordnung der Gartengestalter zu berechnen.
4. Anerbieten und Leisten aneignungsfähiger Arbeiten, insbesondere von Skizzen, Vorentwürfen oder Entwürfen ist nicht gestattet.
5. Forderung, Verschreibenlassen oder Annehmen von irrendweiligen Vergütungen oder Provisionen seitens der Lieferanten von Materialien, Baumaterialien, Pflanzen, Sämereien usw. oder seitens des Entwurfs ausführenden Unternehmers ist untersagt.

§ 7. Strafbestimmungen.

Ordnungsstrafen werden festgesetzt gegen jeden, der 1. entgegen den Vorschriften dieser Anordnung nicht Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste ist und gleichwohl eine der von dieser Anordnung erfaßten Beschäftigungen ausübt, 2. den Vorschriften dieser Anordnung zuwiderhandelt.

§ 8. Durchführung.

Die Polizeibehörden werden ersucht, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen.

§ 9. Inkrafttreten.

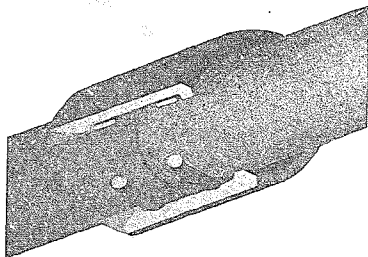
Diese Anordnung tritt am 3. September 1934 in Kraft. Berlin, den 1. September 1934.

Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste.
(gez.) E. Hönig.

Druckwasserleitungen wurden bisher fast ausnahmslos aus Gußeisen hergestellt, denen gegenüber sich künstliche Stoffe, wie Eisenbeton, oder in der Natur vorkommende, wie Holz, nur schwer behaupten konnten, obgleich sie auch einige Vorzüge aufweisen, die sie für bestimmte Sonderzwecke als geeignet erscheinen ließen. Daß die aus Eisen hergestellten Rohrlösungen einen so großen Vorsprung vor den anderen besitzen, ist auf die besonderen physikalischen Eigenschaften, wie auch auf die Härte und große Festigkeit des Eisens zurückzuführen.

Etwa um das Jahr 1900 trat zu dem Gußeisen der Stahl. Von ihm sprach man sich in Fachkreisen unter anderem auch eine Erhaltung der bisherigen chemischen Eigenschaften, so daß man die aus ihm hergestellten Druckrohre gut aufnehmen. Ausschlaggebend waren dabei auch die ihm eigene Härte, Elastizität und Leichtigkeit.

In neuerer Zeit suchte die Fachwelt nach einem Material für Druckwasserleitungen, das schon auf Grund seiner Eigenschaften eine Gewähr für guten Bestand bietet. Dieses Material wurde jetzt in Elmet gefunden, einem seit mehr als dreißig Jahren bekannten und heute bewährten Baustoff.

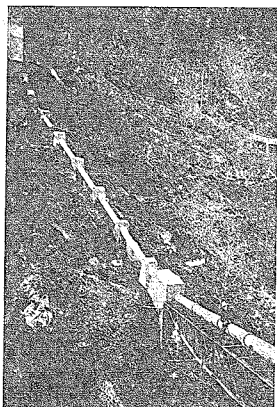


Simplekupplung mit Gußmuffen: nach einer Seite im Zementmörtel-Verstrich, nach der anderen Seite beweglich

nungen können überhaupt nicht auftreten, weil im Erzeugungsgang keine erhöhten Temperaturen vorkommen, so daß man an ihm ein durchaus spannungsfreies Druckrohr erhält. Das hier in Anwendung gekommene Wickelverfahren bringt den Vorteil mit sich, daß die Wandstärken der einzelnen Rohre nach ihrer vorgesehenen Beanspruchung im Gebrauch bestimmt werden können. Infolgedessen stellt man Druckrohrleitungen in den verschiedensten Druckstufen für Normal-, Nieder- und Hochdruck her. Unter Normaldruck ist dabei der in den städtischen Wasserleitungsnetzen gebräuchliche Druck von 5 bis 6 atü zu verstehen, der dem Hauptverwendungszweck der Elmetrohre als Wasserleitungsrohre entspricht.

Eingehende Versuche, die sowohl in der Staatlichen Material-Prüfungsanstalt, als auch in der Praxis und im eigenen Betriebe vorgenommen wurden, hatten ergeben, daß diese Rohre für normalen Betriebsdruck erheblich höheren Drücken standhalten vermögen. Beschädigungen an ihnen konnten erst zwischen 40 und 50 atü nachgewiesen werden.

Die ausnehmende Eigenschaft des Zements, im Laufe der Zeit immer härter zu werden, kommt den Rohren sehr zustatten, weil sie eine Gewähr darüber gibt, daß auch ihre Lebensdauer, neben unbegrenzter Haltbarkeit und Sicherheit nur noch gesteigert wird. Bewiesen wird dies durch die heute noch bestehende Wasserleitung, die vor etwa 1900 Jahren von den Römern bei Köln erbaut wurde, wobei ein dem heutigen Zement entsprechendes Bindemittel benutzt wurde. Hier hat der seinerzeit benutzte Mörtel den Beweis dafür

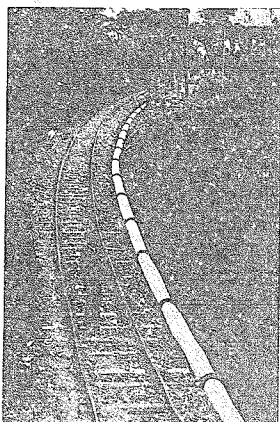


Freilegende Druckwasser-Leitung

Au ihm wurden zuerst versuchsweise Platten hergestellt, die zu guten Ergebnissen führten, so daß man das gleiche Material auch an anderen Gebrauchsgebieten zu verwenden trachtete: jedoch nicht nur in Tafelform, wie es sich in alpinen Ländern als Wandbekleidung von Häusern, landwirtschaftlichen Bauten und ähnlichem sowie als Dacheindeckung in Form von Schieferplatten infolge seiner großen Beständigkeit gegen Witterungseinflüsse auszeichnet bewährt hat, sondern neuerdings auch in Gestalt von Druckrohren.

Die ersten Druckrohre begann man etwa um das Jahr 1916 herzustellen, und bis jetzt sind in ganz Europa mehr als 11000 Kilometer Leitungen verlegt worden. Sie dienen dabei den verschiedensten Zwecken und erbringen den Beweis dafür, wie ausgezeichnet dieses Material für den vorliegenden Zweck geeignet ist. So wurden auch die Erwartungen, die man hinsichtlich ihrer Beständigkeit hegte, durch die Erfahrungen der Praxis weit übertroffen, so daß man heute, nach mehr als sieben Jahren, Elmetrohre nicht nur aus theoretischer Erkenntnis heraus, sondern auch auf Grund praktischer Erfahrungen als ideale Druckrohre bezeichnen kann.

Die Aufbaustoffe des Elmet sind bekanntlich Asbest und Zement. Bei Benutzung dieser Materialien kann infolgedessen die beim Eisenrohr so gefährdete Rostbildung und Korrosion nicht auftreten. Die Herstellung der Rohre ist vorbildlich. Sie werden in dünnen Lagen von 0,1 Millimeter Stärke gewickelt. Innere Span-



Freilegende Druckleitung mit Gbaut-Kupplungen

erbracht, daß er sogar über geschichtliche Zeiträume hinweg seine Beständigkeit in keiner Weise verlor.

Die in den letzten Jahren immer mehr ansteigende Verwendung der Elektrizität, die größtenteils im Gebrauch elektrisch betriebener Verkehrsmittel benutzt, brachte den schwerwiegenden Nachteil mit sich, daß der Erdbohrer durch vagabundierende Ströme immer mehr verunsichert wurde. Ein Eternitrohr ist gegen derartige Ströme vollständig unempfindlich. Zugleich aber ist es auch farbstoff-undurchlässig und bazillenabweisend. Letztere Eigenschaft ist dabei vorwiegend dem Vorhandensein und der Abwehrwirkung der Asbestfasern zu verdanken. Mit Vorteil bedient man sich darum solcher Rohrleitungen zur Herstellung von See- und Trinkwasserleitungen. Für ihre Geeignetheit als Wasserleitungs-Druckrohr ist fernerhin bedeutsam, daß sich selbst nach langer Benutzung und langem Liegen weder an noch in ihnen Ansätze irgendwelcher Art bilden werden.

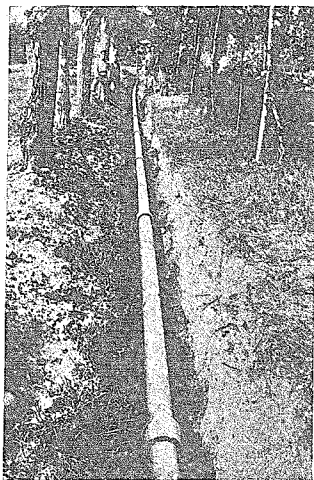
Ein Eternitrohr ist schon an und für sich gegen Korrosion weitgehend gesichert. Erhöht werden kann diese Beständigkeit noch dadurch, daß man mit geeigneten Mitteln einen entsprechenden Schutzanstrich anbringt. Erwähnenswert ist aber auch, daß ein solches Rohr sogar gegen Kohlensäure eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit aufweist. Freie Kohlensäure ist auf sie ganz ohne Einfluß, aggressive Kohlensäure, die als solche den Eisenrohren gefährlich ist, beginnt dann erst auf sie einzuwirken, wenn sie in stärkester Konzentration vorhanden ist. In letzter Zeit neuerdings angestellte Versuche ergaben sogar, daß die Mangan- und Eisenbestandteile des Wassers, selbst bei hohem Gehalt an aggressiver Kohlensäure, die Wirkung der letzteren durch Bildung einer Schutzschicht wieder aufheben, womit das Eternitrohr vornehmlich in der brennenden Frage nach einem kohlen säurebeständigen Material einen bedeutsamen Fortschritt in der Rohrtechnik darstellt.

Ein anderer wichtiger Vorzug dieser neuartigen Druckrohre liegt darin begründet, daß sie zufolge ihrer Zusammensetzung aus den beiden Stoffen Asbest und Zement von verhältnismäßig niedrigem Gewicht sind. Bei der Beförderung und Verlegung spielt daher die Leichtigkeit eine wichtige Rolle und eine schätzenswerte Vereinfachung und Erleichterung. Diese Gewichtsersparnis wird um so größer sein, je größer ihr Durchmesser ist. Die Rohre werden demgemäß für Lichtweiten zwischen 50 und 400 Millimeter hergestellt.

Eine weitere bedeutsame Erleichterung bringt beim Zusammenbau die Einfachheit ihrer Kupplungen mit sich. Die Bearbeitung der Rohre ist sehr einfach und mit normalen Werkzeugen möglich. Das Anbohren geschieht dabei mittels besonderer Anbohrbrücken, die den normalen Anbohrschellen ähneln. Die schlichte Art der einzelnen Rohrverbindungen führt sowohl zu hohen Tagesleistungen, als auch zu niedrigen Verlegungskosten.

Sollen einzelne Eternitrohre miteinander verbunden werden, dann

benutzt man zur Verbindung eine Ueberschiebmuffe, die sogenannte Simplex-Muffe. Diese wird über die Rohre, die selbst stumpf gestoßen werden, hinweggeschoben. Hierbei rollen zwei Gummiringe ein, die sich zwischen Muffe-Innen und Rohr-Außenwand pressen und so die Dichtung erzeugen. Da sich diese Dichtart ausgezeichnet bewährt, wird sie auch fast ausschließlich angewendet. Den Uebergang von den Rohrleitungen auf Formstücke und Armaturen stellen die Gbault- und die Flanschkupplungen her; auch



Druckrohr-Leitung mit Simplexkupplungen bei der Verlegung

diese beiden Verbindungsarten können als durchaus einwandfrei bezeichnet werden. Infolge der Genauigkeit, mit der die Abdichtung der Rohre hergestellt werden, ist auch die Dichtung in den Verbindungen zuverlässig.

Als Dichtungsmittel kommt hier Gummi, und zwar bester Art, zur Anwendung.

Gerade die elastischen Eigenschaften dieser Rohrverbindungen machen den Werkstoff für die Aufnahme der Verkehrsschüttungen beim neuzeitlichen Straßenverkehr gut geeignet.

Die neue Steuerermäßigung für Gebäudeinstandsetzungen und -ergänzungen.

Von Wirtschaftsprüfer und Steuersyndikus Dr. jur. et rer. pol. Brönnert, Berlin

Die Ausdehnung der Steuerermäßigung von einem Zehntel der Aufwendungen für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten auf Gebäude und Gebäudeteile aller Art seit dem 1. Januar 1934 durch das Gesetz vom 20. April d. J., ist erfolgt, um einen neuen Anreiz für die Ausführung dieser Arbeiten zu schaffen, nachdem die Reichszuschüsse fortgefallen sind. Zahlreiche Gewerbetreibende können mit neuen Aufträgen rechnen. Ohne Rücksicht, ob Gebäudeeigentümer, Mieter oder Pächter, erhält die Steuerermäßigung, wer die Kosten der Instandsetzung oder Ergänzung bezahlt. Die bereits gewährte Ermäßigung für gewerbliche Betriebsgebäude ist insofern erweitert, als die Voraussetzungen, daß sich die Lohnsumme des Betriebes gegenüber dem Vorjahre entsprechend erhöht haben muß, fortgefallen ist. Auch ist für alle gewerblichen Betrieben dienende Gebäude, Geschäfts- und Betriebsräume sowie sonstige Gebäudeteile zugelassen, daß die Steuerermäßigung neben den auf Grund des Gesetzes vom 21. September 1933 gewährten Reichszuschüssen und Zinsvergütungs-scheinen bewilligt wird. Bei Arbeiten an Wohngebäuden, Wohn-

räumen usw. fällt dagegen die Steuerermäßigung bei Bewilligung von Zuschüssen fort.

Unter welchen Voraussetzungen das Recht des Steuerpflichtigen auf die Steuerermäßigung bei Gebäuden aller Art nunmehr entsteht, soll im folgenden näher dargelegt werden.

Welche Gebäudeinstandsetzungen und -ergänzungen sind begünstigt? An Gebäuden und Gebäudeteilen aller Art können steuerbegünstigte Instandsetzungs- oder Ergänzungsarbeiten vorgenommen werden. Auf den Zweck des Gebäudes oder Gebäudeteiles kommt es grundsätzlich nicht an. Es kann sich also um städtisch, wie ländliche Wohnhäuser, wie auch um gewerbliche oder landwirtschaftliche Betriebsgebäude, Geschäftsräume, Läden oder sonstige Gebäudeteile handeln. Die Begriffe „Gebäude“ und „Gebäudeteile“ ergeben sich aus der allgemeinen Verkehrsauffassung. Außer Gebäuden und Gebäudeteilen im engeren Sinne, fallen alle baulichen Anlagen, die das Ergebnis von Hoch- und Tiefbauarbeiten sind, darunter, wie z. B. Mauern, Keller, Garagen, Tankstellen usw.

Es muß sich um Instandsetzungs- oder Ergänzungsarbeiten im Sinne der Verkehrsauffassung handeln. Als Instandsetzungsarbeiten werden Arbeiten angesehen, die der Erhaltung des Gebäudes zu dienen bestimmt sind; z. B. Ausbesserungen aller Art am Äußeren und im Inneren des Gebäudes, Putz- und Anstricharbeiten, Dachausbesserungen, Ausbesserungen der Fassade, Fensterrahmen oder Ausbesserungen von Fenstern, Türen, Decken, Treppen, Treppengeländern usw., Installationsarbeiten an Heizungsanlagen und an Gas-, Wasser- und elektrischen Leitungen und dergleichen.

Als Ergänzungsarbeiten sind alle Arbeiten begünstigt, die nicht bestimmt sind, der Erhaltung des Gebäudes zu dienen, durch die vielmehr der Wert des Gebäudes für die Dauer erhöht wird, zum Beispiel

1. Aufstockungen, Einbau neuer Geschosse, Einzählung von Wänden, Anbringung von Doppelfenstern, Erweiterung der Kelleranlagen;
2. Errichtung neuer Bauteile insoweit, als diese nicht einen Neubau, sondern nur die Ergänzung oder Vervollständigung eines vorhandenen Baues darstellen;
3. Einbau von Heizungsanlagen, Lichtanlagen, Lüftungsanlagen, Personenaufzügen und sonstigen Aufzügen, soweit solche nicht als steuerfreie Ersatzbeschaffungen behandelt werden.

Neubauten fallen also, soweit sie nicht als Ergänzungen vorhandener Bauten in Betracht kommen, nicht hierunter. Dagegen wird die Steuerermäßigung auch für Anbauten gewährt, die einem von dem des Hauptgebäudes abweichenden Zweck dienen, wie Lagerräume, Ställe, Schuppen und dergl. Ergänzungen an Neubauten, die noch nicht baupolizeilich abgenommen sind, scheiden jedoch in diesem Falle aus.

Welche besonderen Voraussetzungen bestehen für die Steuerermäßigung?

1. Beginn und Ende der Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten. Die Gebäudestandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten müssen mit dem 31. Dezember 1933 begonnen und vor dem 1. April 1935 beendet sein.

2. Möglich für Arbeiten an gewerblichen Betriebsgebäuden, d. h. abweichend von gewerblichen Zwecken dienenden Gebäuden wird auf Grund der bisherigen Bestimmungen die zehnprozentige Steuerermäßigung bereits gewährt, wenn die Arbeiten nach dem 1. Juni 1933 begonnen sind. Weitere Voraussetzung ist jedoch der Beginn der Arbeiten vor dem 1. Januar 1934, daß sich die Lohnsumme des Betriebes des Steuerpflichtigen im Jahre (Steuerabschnitt) der Instandsetzung oder Ergänzung um mindestens den Betrag, für den die Steuerermäßigung verlangt wird, über die Lohnsumme des Vorjahres erhöht hat. Arbeitslöhne von mehr als 300 RM. jährlich werden dabei nicht berücksichtigt. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln können neben der Steuerermäßigung gewährt sein.

3. Grundsätzliche Verwendung inländischer Erzeugnisse. Zu den Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten dürfen als Stoffe (z. B. Steine, Ziegel, Schiefer, Holz, Zement, Metalle, Glas, Aluminium) nur inländische Erzeugnisse verwendet werden. Als solche gelten alle Erzeugnisse, die durch Arbeit im Inlande gewonnen oder hergestellt sind. Möglich ist, daß an dem Unternehmen, das die Erzeugnisse gewonnen oder hergestellt hat, ausländisches Kapital beteiligt ist. Will der Steuerpflichtige ausländische Erzeugnisse verwenden, so muß er zur Erlangung der Steuerermäßigung nachweisen, daß geeignete inländische Erzeugnisse nicht vorhanden gewesen sind, oder daß für die Verwendung zu einer unverhältnismäßigen Verteuerung — d. h. um mindestens die Hälfte — gekürrt haben würde.

4. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, — d. h. des Reichs, der Länder, der Gemeinden oder Gemeindeverbände, — dürfen für Instandsetzungen und Ergänzungen weder unmittelbar noch mittelbar gewährt werden. Nur für Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden oder Gebäudeteilen, die einem gewerblichen Betrieb des Steuerpflichtigen dienen, tritt die Steuerermäßigung neben der Bewilligung eines Zuschusses aus öffentlichen Mitteln, insbesondere auch eines Reichszuschusses nebst Zinsvergütungsscheinen ein. Es kann sich hier auch um Geschäftsräume, Läden usw. in Wohn-

gebäuden handeln. Der Gewerbetreibende, der seine Geschäftsräume hat Instandsetzen lassen und dafür bereits einen Reichszuschuß nebst Zinsvergütungsscheinen erhält, kann also auch die zehnprozentige Steuerermäßigung in Anspruch nehmen. Ob er Eigentümer, Mieter oder Pächter ist, bleibt, wie erwähnt, belanglos, sofern er die Kosten trägt.

Wie wird die Steuerermäßigung berechnet?

Die Aufwendungen für die Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten sind bei der Einkommensteuer zunächst, sonst durch Absetzung vom Einkommen zu berücksichtigen. Bei den Ausgaben für Instandsetzung handelt es sich regelmäßig um sofort abzugsfähigen laufenden Erhaltungsaufwand für das Gebäude im Sinne der Rechtsprechung. Die Ausgaben für Ergänzungsarbeiten sind dagegen im allgemeinen als sog. Herstellungsaufwand für das Gebäude dem Gebäudewert hinzuzurechnen und mit diesem oder, wenn sie ihrer Art nach getrennt behandelt werden können (z. B. Heizungsanlagen), für sich in den Jahren der voraussichtlichen Nutzung abzuschreiben.

Von dem gewerblichen Mieter oder Pächter können die Aufwendungen für die Geschäftsräume oder dergl. ebenfalls vom Einkommen abgesetzt werden. Sie sind jedoch im allgemeinen auf die voraussichtliche Miet- bzw. Pachtdauer zu verteilen, mit der nach dem Vortrage zu rechnen ist. Aufwendungen für die privat genutzten Wohnräume oder dergl. können von dem Mieter oder Pächter nicht vom Einkommen in Abzug gebracht werden, hier kommt also nur die Geltendmachung der Steuerermäßigung in Betracht.

Die Steuerermäßigung in Höhe von 10 v. H. der Ausgaben, die also gegebenenfalls neben der Absetzung vom Einkommen gewährt wird, wird bei der Einkommensteuer für Steuerabschnitte bewilligt, die in der Zeit vom 1. Januar 1934 bis zum 31. Dezember 1935 enden. Versteuert also der Gewerbetreibende sein Einkommen nach dem Kalenderjahr, so ermäßigt sich die Einkommensteuer 1934 für Arbeiten, die im Kalenderjahr 1934 vorgenommen sind, in Höhe von einem Zehntel der Aufwendungen; sind also z. B. 2000 RM. verausgabt und würde die Einkommensteuer 1934 nach dem Einkommen 500 RM. betragen, so wird sie auf 300 RM. herabgesetzt. Bei Ausführung der Arbeiten im ersten Kalendervierteljahr 1935 wird die Steuerermäßigung bei der Einkommensteuer 1935 berücksichtigt.

Wer Gebäudestandsetzungs- oder Ergänzungsarbeiten in großem Umfang vornimmt, kann hiernach u. U. von der Einkommensteuer für 1934 oder 1935 ganz frei werden. Auch besteht die Möglichkeit, die voraussichtliche Minderung des Einkommens gegenüber dem bisher maßgebenden Einkommen durch einen Antrag auf Herabsetzung der Vorauszahlungen bereits geltend zu machen, wenn sich das Einkommen voraussichtlich um ein Fünftel, mindestens aber um 1000 RM. ermäßigen wird. Bei geringerem Einkommensrückgang kommt eine Ermäßigung der Vorauszahlungen im Billigkeitswege in Betracht.

Rechtswesen

Ist unautarer Wettbewerb stets dann anzunehmen, wenn eine Baufirma ihre Arbeiter unter Tarif bezahlt? Wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs Handlungen vornimmt, die gegen die guten Sitten verstoßen, kann nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb auf Unterlassung und Schadensersatz in Anspruch genommen werden. B. hatte seinen Arbeitern untertarifliche Löhne gezahlt und war wegen unlauteren Wettbewerbs in Anspruch genommen worden. Das Oberlandesgericht in Oldenburg i. O. nahm aus Gründen, die nicht durchweg gebilligt werden dürften, einen Verstoß gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb nicht an und führte u. a. aus, ein Verstoß gegen die guten Sitten könne Vorhanden nicht angenommen werden, da der Tarif von den meisten Bauunternehmern nicht mehr für maßgebend erachtet worden sei; es sei auch nicht von den Bauunternehmern beabsichtigt gewesen, sich auf Kosten der Bauarbeiter zu bereichern; es seien sachliche Beweggründe für die Zahlung eines untertariflichen Lohnes maßgebend gewesen. (Aktenzeichen: W. 64.33.) Nachdruck verboten. O. M.

Wie ist der Mietwert einer Villa zu berechnen? B., welcher eine Villa besitzt und einige Räume der Villa vermietet hatte, war nach seiner Ansicht zu hoch zur Einkommensteuer veranlagt worden, weil der Mietwert der Villa angeblich unrichtig eingeschätzt worden sei. Der Reichsfinanzhof hob auch die Entscheidung des

Finanzgerichts als unzutreffend auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Finanzgericht zurück, indem ausgeführt wurde, das Finanzgericht hatte einen amtlichen Sachverständigen vernommen, dessen Gutachten der Reichsfinanzhof nicht beitreten könne. Dem Villenbesitzer seien als Mietwert nur solche Räume anzurechnen, welche er bewohne. Für unbewohnte Räume sei kein Mietwert anzurechnen. Für vermietete Räume komme der Mietsatz in Betracht. Gemeinnützige bewohnte Räume seien nicht außer Acht zu lassen. Unbeschädigt könnte bleiben, daß der amtliche Sachverständige eine mögliche Vermietung in Betracht zieht. Von maßgebender Bedeutung sei, welchen Wert die von dem Villenbesitzer benutzten Teile der Villa hatten. (Aktenzeichen: VI. A. 1079. 33.) Nachdr. verboten. O. M.

Verordnungen

Viertes Gesetz zur Änderung des Baugesetzes.

Vom 13. September 1934.

Die Regierung hat folgendes Gesetz beschlossen:

Einzigster Artikel:

§ 180 Abs. 1 des Baugesetzes für den Freistaat Sachsen vom 1. Juli 1900 in der Fassung des Gesetzes vom 20. Juli 1932 (GBl. S. 133) wird wie folgt geändert:

a) An Stelle der Worte „innen drei Jahren“ treten die Worte „innen zweieinhalb Jahren“.

b) Es wird der Satz angefügt: „Das Recht der Ausnahmebewilligung steht dem Ministerium des Innern zu“.

Dresden, am 13. September 1934.

Gesamtministerium.

Der Ministerpräsident.

L. V.: Dr. Frisch.

Im Namen des Reichs verkünde ich das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Dresden, am 29. September 1934.

Der Reichsstatthalter in Sachsen.

Martin Meitschmann.

Normblätter zur Fünften Änderung der Ausführungsverordnung zum Baugesetz.

Sächs. Ministerium des Innern, 2. Oktober 1934, Nr. 70 II K 34/1934. Die in der Fünften Änderung der Ausführungsverordnung zum Baugesetz vom 27. September 1934 (GBl. S. 132) genannten Normblätter sind durch den Beuth-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 19, Preisder Straße 97, zu beziehen. Den Kreisbauverwaltungen und den staatlichen Baupolizeibehörden wird je ein Stück der Normblätter amtlich zugestellt. Sonderdrucke der Vorschriften können auch durch den Verlag Wilhelm Ernst und Sohn, Berlin W 5, Wilhelmstraße 99, bezogen werden.

In dem in § 1 Ziffer 1 unter b der Fünften Änderung der Ausführungsverordnung zum Baugesetz vom 27. September 1934 (GBl. S. 132) genannten Normblatt Din 1050 „Berechnungsgrundlagen für Stahl im Hochbau“ ist zu den zulässigen Spannungen in Tafel 2 folgendes zu bemerken:

Im allgemeinen sind den Berechnungen die Werte der Spalte 4 ($\sigma_{zul} = 1200 \text{ kg/cm}^2$) zugrunde zu legen. Sollen in Sonderfällen die Werte der Spalten 5 bis 9 angewandt werden, so ist am Anfang der statischen Berechnung und auf den in Betracht kommenden Zeichnungen deutlich hervorzuheben, für welche Posten oder Bauteile ein in den Spalten 5 bis 9 genannter Baustoff verwandt werden soll.

Die Werte der Spalte 5 dürfen nur zugrunde gelegt werden, wenn vor dem Einbau oder der Aufstellung der betreffenden Bauteile glaubhaft nachgewiesen wird, daß es sich bei den zu verwendenden Stahl tatsächlich um „Handelsbaustahl“ handelt, den gewöhnlichste Eigenschaften nach Fußnote 2 zu Tafel 2 handelt. Dieser Nachweis kann je nach den vorliegenden Verhältnissen in verschiedener Form erbracht werden, z. B. durch Vorlage von Bescheinigungen des Walzwerkes, durch Lieferscheine usw., in Ausnahmefällen auch durch Einsichtnahme in die Bücher des Stahlbauwerkes oder des Händlers. Besonders strenge Prüfung ist am Platze bei Lieferern aus Ländern von Stahlindustrien und wenn der Stahl bereits durch mehrere Hände (Händler) gegangen ist. Wird der Nachweis nicht zweifelsfrei erbracht, so dürfen nur die Werte der Spalte 4 zugrunde gelegt werden. Von der Beibringung eines Nachweises kann abgesehen werden bei:

1. Formstahl, d. h. L- und U-Stahl von 80 mm Höhe und mehr und Belagstahl;
2. Winkelstahl, bei dem die Schenkelsumme gleich oder mehr als 140 mm beträgt;
3. L-Stahl mit einer Höhe oder Breite von 80 mm und mehr, da der Verein deutscher Eisenhüttenleute zugestimmt hat, daß die Eisenhüttenwerke bei Bestellung in Handelsgüte St 00.12 diese Walzzeugnisse mit den Worten für „Handelsbaustahl“ liefern werden.

Die Werte der Spalten 6 bis 9 dürfen nur angewandt werden, wenn vor dem Einbau oder der Aufstellung Abnahmezeugnisse über den für den betreffenden Bau verwandten Stahl vorgelegt werden. Im allgemeinen können als Abnahmezeugnisse die Werkatteste der Walzwerke anerkannt werden. Die Übereinstimmung

des verwandten und des geprüften Stahls muß durch geeignete Maßnahmen kenntlich gemacht werden.

(VBl. I v. 5. Oktober 1934, S. 35a.)

Beschränkung des Tankstellennetzes.

Sächs. Ministerium des Innern, 27. September 1934, Nr. 13a II K 45/1934.

Die Baupolizeibehörden werden auf die nachstehende Anordnung des Reichswirtschaftsministers hingewiesen, die in Nr. 471 des Deutschen Reichsgesetzes v. 25. Juli 1934 bekanntgemacht worden ist: Anordnung über die Beschränkung des Tankstellennetzes vom 24. Juli 1934.

Auf Grund des Gesetzes über Errichtung von Zwangskartellen vom 15. Juli 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 488) ordne ich an:

- (1) Bis zum 30. Juni 1935 bedarf die Errichtung neuer und die Erweiterung der Leistungsfähigkeit bestehender Tankstellen in der Einwilligung. Die Erteilung einer Einwilligung kann mit einer Auflage verbunden sein.
- (2) Die Errichtung und Erweiterung der Leistungsfähigkeit von Tankstellen durch das Unternehmen „Reichsautobahnen“ auf von ihm betriebenen Kraftfahrbahnen bedarf keiner Einwilligung. Soweit auf den Kraftfahrbahnen Tankstellen durch andere Unternehmer errichtet oder erweitert werden sollen, ist hierfür meine Einwilligung die des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen erforderlich.

§ 2.

Die Einwilligung nach § 1 Abs. 1 wird in Prüfungen von den Regierungspräsidenten (in Berlin von dem Polizeipräsidenten), in Bayern von den Kreisregierungen, in Sachsen von den Kreisbauverwaltungen und in den anderen Ländern von den obersten Landesbehörden in meinem Auftrage nach den von mir erlassenen Richtlinien erteilt.

§ 3.

- (1) Tankstellen im Sinne der Anordnung sind Verkaufsstellen von Treibstoffen, die mit eingebauten Tanks und mit Abfüllvorrichtungen versehen sind.
- (2) Als Errichtung von Tankstellen im Sinne dieser Anordnung ist auch die Verlegung von Tankstellen anzusehen.
- (3) Eine Erweiterung der Leistungsfähigkeit heist nicht vor, wenn auf einer bestehenden Tankstelle ein neuer Tank eingebaut oder ein eingebauter Tank vergrößert wird; dabei ist jedoch der Einbau einer zusätzlichen Abfüllvorrichtung nicht zulässig.

§ 4.

Wer einer Vorschrift des § 1 zuwiderhandelt, kann durch die Behörden Zwang nach Maßgabe der Landesgesetze zur Beachtung der Vorschriften angehalten werden. Er wird vom Kartellgericht einer Ordnungsstrafe belegt, wenn ich es beauftrage. Die Ordnungsstrafe wird in Geld festgesetzt; ihre Höhe ist unbegrenzt.

§ 5.

Ist die Errichtung oder Erweiterung einer Tankstelle bereits vor Inkrafttreten dieser Anordnung auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels genehmigt worden, so gilt diese Genehmigung als Einwilligung im Sinne des § 1.

§ 6.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Ich behalte mir vor, sie jederzeit aufzuheben.

Berlin, den 24. Juli 1934.

Der Reichswirtschaftsminister.

Im Auftrage:

Pasol.

(VBl. I v. 5. Oktober 1934, S. 35.)

Bücherroman

Preiswerte Garagen, Merkbblatt Nr. 3512 der Bauberatungsstelle der Deutschen Gipsindustrie, Berlin-Charlottenburg 9, Din A 5, 2 S., mit 19 Abbildungen.

Das Aufblühen des Kraftfahrwesens bringt in zahlreichen Fällen die Notwendigkeit der Errichtung von Garagen in Ergänzung vorhandener Bauten mit. Der Einbau in die fertigen Häuser ist meist zu kostspielig und man greift zu besonderen Garagenbauten, von deren Bauweise mit Recht neben der Feuersicherheit auch ein genügender Wärmeschutz für den Winter verlangt wird. Die Bauberatungsstelle der Deutschen Gipsindustrie hat ein Merkbblatt über derartige Garagen herausgegeben, aus dem alle näheren Einzelheiten für den Bau ersichtlich sind.

Zehn Lehrblätter für die freie Rede und das schöpferische Denken auf 2. bezogen durch den Selbstverlag des Verfassers E. Pöhl, ehemals Hauptinspektör, Hölzel-Druck, Düsseldorf, Preis: 1,00 RM. — Postschekkonto Essen 169 53.

„Lernen Sie frei und wortgewandt reden!“ Das ist das große Lösungswort der Zeit. Jeder, der im organisatorischen, gesellschaftlichen, beruflichen und sonstigen Leben seine Interessen zu vertreten hat, muß auch reden können. Lesen Sie darum das oben genannte Werkchen. Es sind wertvolle Ratschläge und Aufreger eines alten, erfrischenden Praktikers, die hier für wenig Geld jedermann zur Verfügung stehen. Die Lehrblätter sind äußerst interessant geschrieben und ihre Anschaffung kann daher nur empfohlen werden.

Busscher & Hohnmann
Fernruf Nr. 28105 **BRESLAU 2** Tauentzienstr. 104

Ostpreußen.

stein. Scheune und Stall des Maurers und Landwirts Braun, sowie Scheune, Stall und Wohnhaus des Steinmachers Lehmann abgebrannt. Kr. Fischhausen. Wohnhaus des Gemeindefchulzen und Besitzers Limke abgebrannt.

Heim. Scheune im Vorwerk Döhrings abgebrannt.

Heimswalde. 40 m langes Gebäude der Frau Markait abgebrannt.

Heim. Der Gau-Ostpreußen des Reichsverbandes für Deutsche Heimatschutz, hat beschlossen, auf dem Hohenstein, Gelände des Neubaus errichten zu lassen, dessen Kosten mit zirka 150 000 RM. geschätzt worden sind. Das Gelände wird von der Stadt Hohenstein als Beihilfe für den Neubau zur Verfügung gestellt.

Heim. Pr. Neikeweg 6. Zweifamilienwohnhaus-Neubau. Bauh. Bahk. Batschk. Batoktschisch. Bauh. Bahk. Dabse, Schönschne 3.

Heim. Spelersdorf Bd. II. Bl. 22 (Siedlung). Wohnhaus-Neubau. Bauh. u. Bauh. Sprakles.

Heim. 142. Bauh. Oberbeck.

Heim. th. Einfamilienwohnhaus-Neubau. Bauh. Heimbucher. Klosterstraße 4. Bauh. Albrecht.

Heim. Stadtkirgen 85. Wohnhaus-Neubau. Bauh. Hörner. Bauh. Rau, Sattler 7.

Heim. Hagenstraße 41. Wohnhaus-Neubau. Bauh. Neubauer, Giesbrechtstraße 12. Bauh. Schlotckmann.

Heim. im nördl. Westend. Wohnhaus-Neubau. Bauh. Kallweit. Bauh. Klein. Zietzenstraße 19.

Heim. Steinstraße 35a. Zweifamilienwohnhaus-Neubau. Bauh. Gurski. Bauh. Matz.

Heim. Querstraße 25. Zweifamilienwohnhaus-Neubau. Bauh. Reich, Ohlendorf. Bachstraße 20a.

Heim. In diesem Winter sollen in Ostpreußen Deputantenwohnungen in der Umfange geschaffen werden. Der Gesamtbedarf beträgt in der Provinz mehrere tausend Deputantenwohnungen und Arbeitsstättenwohnungen. Es soll in diesem Winter wenigstens der dringende Bedarf gedeckt werden. Es wird damit gerechnet, daß in diesem Jahre etwa tausend Deputantenwohnungen und tausend Arbeitsstättenwohnungen neu geschaffen werden. Um den Bauern die Finanzierung nach Möglichkeit zu erleichtern, haben sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Bank der Ostpreussischen Landschaft vereinigt, bestimmte Beträge als reine Personalkredite auf Schuldenscheine des Bauern bereitzustellen. Außerdem ist ein besonderes Verfahren mit den Banken vereinbart worden.

Heim. Nr. 6. Neidenburg. Stall und Scheune des Gastwirts Stenditzki. Gra. Istisch, bestehend aus Wohnhaus, Scheune und Stall des Bauern Kr. abgebrannt.

Heim. Mollkestraße. Wohnhaus. Geplant. Bauh. F. Bressau. Stiftstraße 12. Bauh. Arch. Alfred Fiedler. Hindenburgstraße 58a.

Heim. Elbkönig. Wohnhaus, Stall und Scheune des Ortspostleiters sei abgebrannt.

Pommern.

Heim. Das der Kirchengemeinde gehörende Firstenhaus wird jetzt unter Aufsicht des Provinzialkonservators Dr. Balcke umgebaut werden. Es wird ein Gemeindesaal, einige Wohnungen für die Gemeindefschulstern und ein Kinderspielplatz finden. Im oberen Teil wird eine Wohnung für den Verwalter eingebaut werden. Die Kosten sind etwa 15 000 RM. veranschlagt.

Heim. Ziel. Kr. Rügen. Die Meliorationsgenossenschaft Mönchput plant die Entwässerung und Entwässerungsarbeiten. Zu diesem Zweck ist in der Kr. ein Arbeitslager errichtet worden.

Heim. Kr. Cammin. Die Gemeinde plant folgende Arbeiten: Anlegung eines Fischteiches unter Vorflut des Oberrses. 1000 Tagewerke; Neuanlage der Bahnhofs- und der Tonnebühler Straße und Plantation des Oberrses-Üfers an der Badestadt, 4000 Tagewerke, und Aushebung eines Fischteiches, 1000 Tagewerke. Ferner hat die Gemeinde ein etwa 150 Morgen großes Vorstadtelände zu Siedlungszwecken ausgeteilt. Ein Bebauungsplan ist bereits aufgestellt und die Siedlungsvorhaben in Angriff genommen worden. Gleichzeitig ist der Ausbau der Nauzarder und der Gutstraße geplant. (6000 Tagewerke.)

Heim. Kr. Schlawe. Scheune des Landwirts Hermann Loose, Wohnhaus des Eigentümers Below, Wohnhaus und Stallgebäude des Besitzers Otto Schürbel und alle Wirtschaftsbäude des Gemeindefschulzen Max Below abgebrannt.

Heim. Kr. Köslin. Scheune, Stall und Schuppen des Tischlermeisters Bels abgebrannt.

Heim. Kr. Lauenburg. 50 m langes Guttscheune des Oberamtmanns Hall abgebrannt.

Heim. Unter Leihung des Kulturansees Stargard sind im Kreise Pyritz folgende Meliorationsarbeiten im Gange. Neben einer Grabenerweiterung der Wassergraben-Genossenschaft „Pantitzgraben“, auf einer 122 ha großen Wiesenfläche, liegt die „Kalmersgraben-Genossenschaft“ etwa 524 ha auf 10 km Gräben bearbeiten. Weder werden bei Dammitz von der Ausbaugenossenschaft „Hufenitz“ Drainagearbeiten ausgeführt und die Bodenverbesserungs-Genossenschaft „Pritz Mühlgraben“ ist mit einer Beteranlage von etwa 20 Morgen beschäftigt. Insgesamt werden die Arbeiten etwa 200 000 RM. kosten.

Heim. Der Neubau der Stettiner Sparkasse ist bereits bis zum Erdgeschloß aufgeworfen. Der Bauausbau soll im Laufe des Winters begonnen werden. Als Termin der schlüsselfertigen Uebergabe ist der 1. Oktober 1935 vorgesehen.

Heim. In der ersten Betriebsversammlung der Hafen-Gesellschaft gab der Betriebsführer Dr. Krolme bekannt, daß die Erweiterung des Gemeindefschulners von 20 000 auf 40 000 Tonnen geplant sei. Mit dem Bau soll demnächst begonnen werden.

Heim. In der ersten Eisenstraße für die Klap-Brücke des Ruendammes und eingetroffen. Mit der Montage der Brücke wird noch im Oktober begonnen werden.

Heim. (Rügen). Wohnhaus des Händlers Lange sowie Stall eines Nachbarn abgebrannt.

Zur Trockenlegung feuchter Wände verwendet man nur die bestens bewährten Faizbautafeln „Anker-urecht“

Muster, Druckschrift u. Angebot
kostenlos und unverbindlich.

Fabrikant: Hermann Paul
Breslau 5, Gartenstraße 9

Mittel- und Norddeutschland

Ammerdorf Saalkr. Das Gemeindefamt plant Instanzsanarbeiten an dem gemeindefschulischen Gebäude.

Ammerdorf, Bez. Halle. Die Gemeinde hat das sogenannte Hirschfeld erworben und läßt durch die Mittel der Heimstätte 20 Siedlungen errichten. Beginn demnächst.

Auerbach, Erzgeb. Zu weiteren 10 Siedlungshäusern wurden die Erdarbeiten aufgenommen. Bauh. Gemeinde. Bauh. Gemeindefschulamt.

Bad Drumbach, Vogtl. Gemeinde sen. Bau eines Hochbehälters. Ausf. Fr. H. Winter, Plauen.

Bad Dürrenberg. Die Siedlungsschule soll erweitert werden.

Bautzen. Löhrstraße. Dreifamilien-Wohnhaus. Prof. Bauh. und Ausf. Baumeister Josef Jatzak. Bahnhofsstraße 7.

--- Kautschke. Achtfamilien-Wohnhaus. Prof. Bauh. u. Ausf. Baugesch. Fa. Kranz & Riedel. Kanstraße 17.

--- Pauli-Jägermeister. Zwei Achtfamilien-Wohnhäuser. Prof. Bauh. u. Ausf. Baumeister Ge. Hauser. Schleibestraße 7.

--- Auritz. Weg. Zweifamilien-Wohnhaus. Prof. Bauh. Malermeister William Kögge. Tanchstraße 3. Ausf. Fa. Matschie und Mäunig. Baugesch. Strehlher Straße 20.

--- Richard-Wagner-Straße 6 Einfamilien-Wohnhäuser. Prof. Bauh. u. Ausf. Vereinigung für Kriegerheimstätten e. V. Bautzen.

--- Martin-Möhlmann-Straße. Laboratoriums-Umbau. Bauh. Fa. August Nowack A.-G. Martin-Möhlmann-Straße 32. Ausf. Baugeschäft Böhner & Rösche. Wettinstraße 1a.

--- Garststraße. Einfamilien-Wohnhaus. Bauh. Gemeinn. Gartenstadgenossenschaft Bautzen e. G. u. b. H. Semmler Straße 15. Ausf. selbst.

--- Andstraße. Einfamilien-Wohnhaus. Bauh. Baumeister Alf. Müller. Kretzenhildstraße 8. Ausf. Baugesch. Adolf Kauch. Neusalzaer Straße 13.

--- Löhrstraße. Sechsfamilien-Wohnhaus. Bauh. und Ausf. Baumeister Ge. Hauser. Schleibestraße 11.

--- Auritz. Weg. Zweifamilien-Wohnhaus. Bauh. u. Ausf. Fa. Baugesch. Löhner & Rösche. Wettinstraße 1a.

--- Auritz. Weg. Einfamilien-Wohnhaus. Bauh. Postschaffner Ge. Korum. Sedanstraße 17. Ausf. Baugesch. Löhner & Rösche. Wettinstraße 1a.

--- Auritz. Weg. Einfamilien-Wohnhaus. Bauh. Paul Heinrich Löhner Straße 21. Ausf. Baugesch. Löhner & Rösche. Wettinstraße 1a.

Brumdehl. Vorf. Die Gemeinde kauft ein Acker-Umland in der Schule. Bauh. Gemeindefschulamt.

Dresden. Aussier Straße. Wohnhaus. Gen. Bauh. Jeweller Alois A. lani. Marschallstraße 22. Bauh. Arch. Willy Schubert. Helmholzstraße 1.

--- Marienschulweg. Wohnhaus. Gen. Bauh. Maschinenbauer P. Heiden. Kahlenberg Straße 45. Ausf. Baugesch. Ge. Schumann. Gitterstraße 2.

--- Bernhardtstraße. Wohnhaus. Gen. Bauh. Kaufmann Erich Metzger. Weidendorfer Straße 4. Bauh. Arch. u. Dipl.-Ing. Erhard Ender. Martin-Luther-Straße 10.

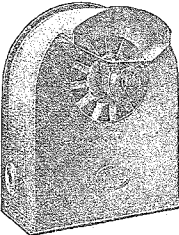
--- Wiener Straße. Wohnhaus. Gen. Bauh. Kaufmann Gerhard Fischer. Fürstenstraße 40. Bauh. Arch. Robert Schubert. Habrussstraße 44. Ausf. Baugesch. Max Klenck. Fröbelsstraße 4.

--- Bernhardtstraße. Wohnhaus. Gen. Bauh. Bauh. u. Ausf. Baumeister Korn. Lohse. Hohe Straße 85.

--- Voornamstraße. Wohnhaus. Gen. Bauherr Malermeister Bruno Tögel. Struvestraße 37. Bauh. u. Ausf. Maler- und Zimmermeister Ernst Fink. Bischofsweg 28.

--- Reichenbachstraße. Wohnhaus. Gen. Bauh. Christel, zehner. Birkst. Schnorrstraße 75. Bauh. Dipl.-Ing. Martin Birkst. Schnorrstraße.

--- Kleinandorfer Straße. Wohnhaus. Gen. Bauh. Behördenange-



PROF.

JUNKERS



Luftherhitzer u. Heizaggregate

für Beheizung mittels

Dampf, Warmwasser u. Gas

Apparate für Heizung, Kühlung

Lüftung, Trocknung, Entnebelung

Ventilatoren

Kaloriferwerk Hugo Junkers, GmbH., Dessau

Vertretung Schlesien: Obering. W. L. MADER, Breslau 6, Westendstr. 102
Telefon Nr. 26798

Gegen Hunger und Kälte für Treue und Volksgemeinschaft

Zeit nationale Solidarität — Spenden für das Winterhilfswerk

Reichsbürgerschaften für den Kleinwohnungsbau

Der Reichswirtschaftsminister hat am 13. September an die Regierungen der Länder (Wohnungswesen) folgendes Rundschreiben geschickt, in dem er in einem entsprechenden Erlaß auch an die Reichsbürgerschaften, die in einem gerichteten worden ist: Bei dem 2. Abschnitt der Eigenheimkredit-Rechts sind häufig Bauvorhaben bereits nach Antragstellung, aber vor Erteilung eines Bewilligungsbeschlusses in Angriff genommen worden, nachdem die Mittel für Reichsbaukrediten für Eigenheim erschöpft sind, so daß die Gefahr, daß solche Bauvorhaben notfalls werden, wenn es sich nicht um die Finanzierung, in anderer Weise sicherzustellen, im Zusammenhang mit dem Herrn Reichsminister für Wohnungswesen, der sich daher grundsätzlich bereit, für diese Bauvorhaben Reichsbaukrediten auf Grund der Bestimmungen von 28. Februar 1934 (Deutscher Bauanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger vom 1/2. März 1934) zu übernehmen. Ich werde in diesen Fällen von der Einschränkung, wonach solche Bauvorhaben bevorzugt werden sollen, die mindestens vier Reichsbürgerschaften betreffen (vgl. Anmerkung zu Abschnitt II Ziffer 1 der Reichsbürgerschaftsbestimmungen), keinen Gebrauch machen; ferner werde ich die Ausnahmen von der Vorschrift des Abschn. II Ziffer 6 des Reichsbürgerschaftsbestimmungen, wonach für begonnene Bauvorhaben eine Inanspruchnahme nicht übernommen wird, zulassen. Für die Übernahme der Reichsbürgerschaft ist — abgesehen von der Einhaltung der sonstigen Reichsbürgerschaftsbestimmungen — Voraussetzung, daß die wohnungswirtschaftliche Stellungnahme (Abschn. IV Ziffer 3 der Reichsbürgerschaftsbestimmungen) eine besondere Erwähnung findet, daß die Bauvorhaben, auf Reichsbaukrediten von Baubankgenossen, die in der Wohnungswirtschaft lediglich als Mangel an Mitteln nicht mehr erfüllen kann, ich werde es begrüßen, wenn sie die Bemühungen der Einzelsiedler um Aufnahme von Darlehen gegen Reichsbürgerschaft nach Möglichkeit unterstützen können.

Steuerermäßigung bei Gebäude-Instandsetzungen

Nere Richtlinien des Reichsfinanzministers.

Einem neuen Rundschreiben an die Finanzämter hat der Reichsminister Finanzen an die Hand, d. h. die Anzahl von wichtigen Richtlinien und Auslegungsvorschriften für die Finanzämter, die das Gesetz über die Steuerermäßigungen vom 30. April 1934 bekanntgegeben. Nach diesem ermäßigt sich bei der Veranlagung der Einkommen- und Körperschaftsteuer die Steuerschuld für die Steuerabschnitte, die in der Zeit vom 1. Januar 1934 bis 31. März 1935 enden, um 10 Prozent der Aufwendungen für Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden und Anlagen, kommt aber zur Beseitigung von Zweifeln und zur Verdeutlichung, was von einem Reichsfinanzminister in einem neuen Rundschreiben 1934 (Rechnungsjahr 1933/34) insoweit noch in Steuerabschnitt 1933 (1934/35) gewährt wird, als sich die Steuerermäßigung für 1934 nicht anwirkt, kann weil für diesen Steuerabschnitt eine Einkommen- oder Körperschaftsteuer nicht oder nicht in ausreichender Höhe zu entrichten ist. Für Steuerabschnitte, die nach dem 31. Dezember 1934 enden, kommt aber eine Steuerermäßigung keinesfalls mehr in Betracht. Voraussetzung für die Steuerermäßigung bleibt auch in jedem Falle, daß die Instandsetzungen- und Ergänzungsarbeiten in der Zeit vom 1. Januar 1934 bis 31. März 1935 begonnen und beendet sind. Nach dem Gesetz ist für die Steuerermäßigung der Steuerabschnitt zugrunde gelegt. Das neue Einkommensteuergesetz, das demnächst erlassen wird, wird voraussichtlich den Begriff Steuerabschnitt nicht mehr enthalten, und in die Veranlagungen werden nach dem Kalenderjahr vorgenommen werden. Deshalb sind auch nach dem neuen Einkommensteuergesetz der Steuerermäßigung dienenden Aufwendungen zugrunde zu legen, die in der Zeit vom 1. Januar 1934 bis 31. März 1935 begonnen und beendet sind. Auf hand- und forstwirtschaftliche sowie auf gewerbliche Gebäude. Bei hand- und forstwirtschaftlichen wird künftig für die Aufwendungen das Kalenderjahr maßgebend sein. — Neubauten kommen für die Steuerermäßigung nur dann in Betracht, wenn es sich nicht um selbständige neue Gebäude, sondern um Baulücke, also um eine Ergänzung eines bereits vorhandenen Baues handelt. Solche Ergänzungen sind nach dem neuen Einkommensteuergesetz, im Falle eines Zimmers, einer Garage, eines Wohnraums und dergleichen, die in dieser Reihe durchgeführt werden, kann Steuerermäßigung beansprucht werden. Nach der Ergänzungsverordnung vom 20. April 1934 kommt eine Steuerermäßigung nicht in Betracht, wenn für die Instandsetzungsarbeiten oder Ergänzungen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gewährt werden. Eine Ausnahme hiervon besteht aber für Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden, die einem gewerblichen Betrieb eines Steuerpflichtigen dienen.

Der Ausschluß der Steuerermäßigung bei Gewährung von Zuschüssen für nichtvermietete Gebäude kann in einzelnen Fällen zu Härten führen. Der neue Erlaß bestimmt daher, daß die Steuerermäßigung dann in voller Höhe neben dem sonstigen Zuschuß zu gewähren ist, wenn dieser im Steuerabschnitt 10 Prozent der Aufwendungen für die Instandsetzungen und Ergänzungen nicht übersteigt. Ist er höher, so ermäßigt sich die Steuerschuld nur um den Betrag, um den der sonstige Zuschuß hinter 10 Prozent der Aufwendungen zurückbleibt. Beträgt der Zuschuß mehr als 10 Prozent der Aufwendungen, so wird die Steuerermäßigung nicht zu gewähren. Die Steuerermäßigung wird unter Umständen auch Mietern und Pächtern gewährt, wenn sie die Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten auf eigene Kosten ausführen lassen.

lassen. Bei Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten zu Zwecken des zivilen Luftschutzes ist die Steuerermäßigung neben der vollen Abschreibung der für die Ergänzungsarbeiten gemachten Aufwendungen zu gewähren. Für Neubauten zu Zwecken des zivilen Luftschutzes wird die Steuerermäßigung im Gegensatz zu sonstigen Neubauten ebenfalls gewährt. Für Steuerpflichtige, die zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer nicht veranlagt sind, ist ein Anspruch auf Steuerermäßigung nicht gegeben.

Die Lage und Aussichten des Baumarcktes

Im neuesten Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung wird über den Baumarck nachfolgendes ausgeführt: Die Baunachrichten konnten im allgemeinen noch bis zum August neue Arbeitskräfte einstellen; die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg auch der Industrieberichterstattung von 48,7 v. H. der Höchstbeschäftigung im Mai auf 54,1 v. H. im August.

Tiefbau.

Im Tiefbau waren Anfang September nach den Meldungen der Baugewerkschaften 402 000 Personen beschäftigt gegenüber der 374 000 Anfang Juni 1934. In den Lieferindustrien des Tiefbaus ist der Geschäftsvor allem sehr lebhaft. Dies gilt z. B. für die Stein- und Schotterindustrie. Von den Monaten Januar bis August 1934 um rd. zwei Prozent höher als im Vorjahr und nur etwa ein Fünftel niedriger als 1929. Die Käufe von Baumaschinen waren auch in den Monaten Mai bis Juli sehr hoch; die Aufträge drängen sich weniger als früher zu Beginn der Saison zusammen.

In der ersten Jahreshälfte war die Beschäftigung im Tiefbau besonders rasch gestiegen, weil die Arbeitsbeschäftigungsmittel beschleunigt ausgeschüttet und mit dem Bau der Autokennen begonnen wurde. Seitdem verläßt die Entwicklung in etwas ruhigeren Bahnen. Die Termine, zu denen die Arbeiten aus den einzelnen Arbeitsbeschäftigungsprogrammen fertiggestellt sein müssen wurden hinausgeschoben; darauf wurden die noch verfügbaren Arbeitsbeschäftigungsmittel verstreut. Von der Gesamtsumme der bereitgestellten Mittel in Höhe von rund 5,5 Milliarden RM. — die zum größten Teil dem Tiefbau zufließen dürften — ist zurzeit noch etwa ein Viertel nicht verausgabt. Der hohe Beschäftigungsstand im Tiefbau und seinen Lieferindustrien dürfte daher vorerst noch weiter anhalten. Dies gilt so mehr, als bis in die letzten Wochen hinein an zahlreichen neuen Baustellen des öffentlichen Bauwesens nach Durchführung der Vorbereiten — mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen werden konnte.

Die Bauverhältnisse weichen Strecken steht bevor. Anfang September waren auf den Baustellen 67 000 Arbeiter beschäftigt. Der 600 km, das sind etwa zwei Fünftel der bisher freigegebenen Strecken, sind im Bau. Von den im August 1934 bereitgestellten Finanzierungsmitteln sind 173 Mill. RM. für Anträge bewilligt, jedoch erst 67 Mill. RM. ausbezahlt.

Hochbau.

Im Hochbau wurden die mit Reichszuschüssen beförderten Umbau- und Instandsetzungsarbeiten zum größten Teil beendet. Seit Mitte April ist die Zahl der fertiggestellten Neubauten zurück. Der aufgewandte hohe Stand der Beschäftigung, der in den Monaten März/April erreicht wurde, konnte nicht gehalten werden. Die Aufträge werden vermehrt werden vor allem die gelehrten Fachkräfte, insbesondere die Maler, Tapezierer, Putzer und Dachdecker.

Der Rückgang der Beschäftigung im Hochbau wäre vermutlich noch stärker gewesen, wenn nicht viele Arbeiter, die bisher bei Instandsetzungs- und Umbauarbeiten beschäftigt waren, nun bei Neubauten hätten verwendet werden können. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1934 waren (in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern) in allen Beständen 125 bis 1 v. H. mehr Neubauten in Arbeit als im Vorjahr. Auch im Juni und Juli wurden in Gewerbe zu früheren Jahren wohl mehr Neubauten genehmigt und begonnen als in den Frühjahrsmonaten.

Diese Zunahme des Wohnungsbau steht im Gegensatz zu Lage und Entwicklung am freien Kapitalmarkt. Zwar konnten die Sparkassen dank der erleichterten Anlagevorschriften die Beleihung von Neubauten, wenn auch nur im Rahmen ihrer Einlagenentwicklung, wieder aufnehmen. Die Träger der Sozialversicherung sind weitgehend hemmt, ihren Verschleiß der Errichtung von Eigenheimen durch Darlehen zu erleichtern. Ferner dürfen sie nicht mehr die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und Hypothekendarlehen unter bestimmten Voraussetzungen für Kleinwohnungsneubauten an 1. Stelle bis zu 50 v. H. bisher nur 40 v. H. der Herstellungskosten beliehen. Außerdem wurden für die Sparkassen die Beleihungsgrenzen auf 75 v. H. des Bau- und Bodenwertes herabgesetzt, soweit es sich um Hypotheken handelt; für die das Reich die Bürgschaft übernimmt. Auch die privaten Versicherungsinstitute dürfen jetzt vom Reich fürstet zweifelhafte Kleinwohnungsypotheken gewähren. Zahlreiche Neubauten, die bisher unterbleiben würden, weil eine zweite Hypothek nicht zu beschaffen war, dürfen nunmehr durchgeführt sein. Die beschränkten Ausleihungen der Versicherungsträger und Sparkassen und das Privatkapital können aber keinen Ausgleich dafür schaffen, daß die Bodenkreditinstitute, insbesondere die Hypothekendarlehen, immer noch keine Hypothekarkredite gewähren können.

Der Wohnungsbau wird hauptsächlich durch die staatlichen Maßnahmen angeregt. Die vor kurzem fertiggestellten und noch in der Durchführung begriffenen Bauten sind zum größten Teil Eigenheimen, die mit Reichsdarlehen gefördert werden. Die Reichsdarlehen sind für Kleinwohnungen und Bauten, die durch Reichsbürgerschaften und Steuerermäßigungen angeregt wurden. Daneben sind in der letzten Zeit mit dem Einsetzen der

Wechselkreditaktion für die Bausparkkassen in größerem Umfang Eigenheim der Bausparkkassen.

In welchem Grade der Staat den Wohnungsneubau geholfen hat, zeigen die fortschreitenden Ausschüttungen der Förderungsbeiträge.

Förderungsmaßnahmen für den Wohnungsneubau und Siedlungsbau¹⁾

Stand vom 23. August 1934; in Mill. RM.

Maßnahme	Bereitgestellt	Be-willigt	Aus-gezahlt
Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlungen			
1. Abschnitt . . . (Herbst 1931)	48	48	48
2. „ . . . (Sommer 1932)	35	35	35
3. „ . . . (Februar 1933)	40	38,3	27,9
4. „ . . . (Juli/Okt. 1933)	70	64,6	27,3
Förderung des Eigenheimbaus²⁾			
1. Aktion . . . (November 1932)	20	20	19,9
2. Aktion . . . (September 1933)	20	18,2	2,5
Kreditaktion für die Bausparkkassen³⁾			
	65	65	38,7

¹⁾ Ohne die Maßnahmen zur Errichtung von Not-, Behelfs- und Flüchtlings-Wohnungen und die Reichswohnflächen und Steuervergünstigungen.

²⁾ Ohne die Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. — ³⁾ Ohne die Ende Juli 1934 bereitgestellten weiteren 20 Mill. RM. und ohne den Sonderkredit der Bau- und Bodenbank (5 Mill. RM.).

Die Reichsmaßnahmen für die Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlungen und zur Förderung der Eigenheimbauten dürften sich mit dem Ende der Saison zum größten Teile erschöpfen. Die vorgesehenen Mittel aus den beiden Aktionen sind fast restlos bewilligt. Die noch zur Auszahlung verbleibenden Beträge aus 3. und 4. Abschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung, die entsprechend dem Baufortschritt ausgeschüttet werden dürften durch bereits in der Ausführung begriffene Bauten „gebunden“ sein. Die Auszahlungen auf die Reichsbaukrediten sind zwar noch verhältnismäßig gering. Diese Darlehen werden aber erst nach Fertigstellung der Bauten abgerechnet. Es darf angenommen werden, daß 11, drei Viertel der geförderten Eigenheime gegenwärtig bereits fertiggestellt sind. Bis zum Ende der Saison dürften fast alle Bauten beendet sein. Auch die bisher für die Bausparkkassen bereitgestellten Kredite (65 Mill. RM.) sind sämtlich zugesagt und schon zu mehr als der Hälfte ausbezahlt.

Für die nächsten Monate stehen daher für die Förderung des Wohnungsneubaus vorwiegend nur noch die Restbeträge aus dem bisherigen 65-Millionen-Kredit sowie die Mittel aus dem Anfang August bereitgestellten neuen 20-Millionen Kredit an die Bausparkkassen zur Verfügung. Weitere Maßnahmen für den Neubau sind zurzeit nicht bekannt. Unter diesen Umständen dürfte mit einer stärkeren Saisonbeschränkung des Bau-erwerbsmarktes als im vergangenen Jahr zu rechnen sein. Bekanntlich konnte damals durch Zuschüsse für Umbauten und Instandsetzungen in Höhe von 500 Mill. RM. die Arbeitslosigkeit im Bauwerke entscheidend herabgemindert werden.

Die winterliche Arbeitslosigkeit insbesondere der Fachkräfte, könnte aber gemildert werden, wenn die Bauwirtschaft von sich sämtliche „Reserven“ der Auftragsvergebung einsetzt. Instandsetzungs- und Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden, die auch jetzt noch durch weitgehende Steuervergünstigungen des Reiches gefördert werden, können in die Wintermonate verlegt werden. Alle erst im Spätherbst und Herbst begonnenen Bauten waren nach Möglichkeit auch während der Wintermonate fortzusetzen und nicht, wie bisher üblich, im Rohbau bis zum nächsten Frühjahr stehen zu lassen. Bei der geringeren Abhängigkeit der Innenarbeiten von den Witterungseinflüssen dürfte dies in verhältnismäßig großem Umfang möglich sein. Schließlich wäre daran zu denken, daß erst zum Frühjahr geplanten Bauten schon jetzt in die bauwirtschaftlichen Unternehmen und Handwerker zu vergeben. Auf diese Weise würde nicht nur den Bauunternehmern, sondern auch den Baustoffproduzenten die Möglichkeit gegeben, über die im Winter durchführbaren Arbeiten zu disponieren. Die Frage des winterlichen Bauens ist nicht nur ein technisches sondern auch ein wirtschaftlich-organisatorisches Problem. Durch die Zusammenwirken aller beteiligten Kreise: der Bauherren, der Kreditgeber, Behörden, Architekten, Bauausführenden und Lieferanten, könnten Bauvorbereitung und Organisation wesentlich gefördert werden. Damit wäre eine entscheidende Voraussetzung geschaffen, um die winterliche Arbeitslosigkeit im Bauwerke für immer zu verringern.

Reichszuschüsse für Instandsetzungs-, Ergänzung- und Umbauarbeiten

Die Frist für die Beendigung der mit Reichszuschüssen auszuführenden Arbeiten ist der Reichsregierung allgemein bis zum 31. März 1935 festgesetzt worden. Mit einer größeren Hinausschiebung dieser Frist ist unter keinen Umständen zu rechnen. Ein großer Teil der noch nicht auszuführenden Instandsetzungsarbeiten besteht in Außenarbeiten, wie Apputz, Dachreparaturen usw., die nur bei frostfreiem Wetter ausgeführt werden können. Es wird daher allen Hauseigentümern, denen für solche Arbeiten ein Zuschuß durch Vorhelscheid zugesagt wurde, dringend empfohlen, diese Arbeiten noch im Herbst ausführen zu lassen. Sie gehen den Reichszuschüssen ambeding verlustig, wenn die Arbeiten bis zum 31. März 1935 nicht fertig sind.

Wenn auch die früher festgesetzten kurzen Fristen für den Beginn der Arbeiten nach dem 1. April 1934 durch längere Fristen ersetzt worden sind, so ist jetzt aber im Herbst und Winter die beste und zum Teil die letzte Gelegenheit, die Arbeiten ausführen zu lassen. Auch kommt

hinzü, daß es nicht zweckmäßig ist, wenn unnötig erhebliche Reichsmittel festgelegt werden, weil unter Umständen zahlreiche Antragsteller feststellen, daß die Arbeiten nicht ausführen lassen wollen oder können, so haben sie davon abgesehen, die zuständige Stelle Mitteilung zu machen, damit die in der Zwischenzeit solchen Antragstellern zugesetzt werden können, die mit den Instandsetzungsarbeiten alsbald beginnen wollen. Nur auf diese Weise kann der Absicht der Reichsregierung, mit der Gewährung der Reichszuschüsse möglichst viel Arbeit zu schaffen, voll entsprechen werden.

Die Bautätigkeit im Freistaat Sachsen im Monat Juni 1934

(Mitteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes.)

Im Freistaat Sachsen wurden im Monat Juni 1413 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Regierungsbezirken Chemnitz 399, Dresden-Bautzen 484, Leipzig 310 und Zwickau 220. Diese Neubauten sollen insgesamt 2609 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 211 Baugenehmigungen für Um-, An- und Einbauten erteilt, wovon samt 514 Wohnungen erteilt.

Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 725 Neubauten mit 1345 Wohnungen. Unter den Bauten befanden sich 421 mit 725 und 251 mit zwei Wohngehöfen und unter den Wohnungen 10 mit einem und zwei, 532 mit drei, 440 mit vier und 266 mit fünf oder mehr Wohngehöfen. Weiterhin befanden sich unter den abgenommenen Neubauten 140, die von gemischtzweckigen Baugenehmigungen worden sind, und 71, die außerdem als gemischtzweckige Bauten abgenommen wurden. Durch 691 Umbauten wurden 1127 Wohnungen gewonnen waren 4 Umbauten abgenommen, durch die nur Wohngehöfen (4) erlosten.

An Gebäudenabgaben waren im Juni 25 Häuser mit 58 Wohngehöfen zu verzeichnen. Die Berichtszeit erbrachte somit insgesamt ein Zuwachs von 2410 Wohnungen (Monat Juni 1933: 1256); davon entfielen auf die Städte: Chemnitz 65, Dresden 370, Leipzig 188, Plauen 10 und Zwickau 68.

Für Bauten ohne Wohnungen beträgt die Zahl der im Juni abgenommenen Neubauten 231, von den 223 wirtschaftlichen Zwecken waren 199 Baugenehmigungen erteilt worden, darunter 183 zu wirtschaftlichen Zwecken. Um-, An-, Auf- und Einbauten wurden 211 und 251 abgenommen. Ferner wurden 26 durch Abbruch, Befallene Abgänge von Gebäuden, darunter 26 für wirtschaftliche gemeldet.

Die Entwicklung der gesamten Bautätigkeit im Jahre 1934 ist aus den Feststellungen des Statistischen Landesamtes die nachstehende, die sowohl die Neubauten, als auch die Umbauten umfaßt.

Juni 1934 Jan. u. Febr. 1934
Juni 1933 Jan. u. Febr. 1933

1. Erteilte Baugenehmigungen			
a) für Bauten mit Wohnungen . . .	1 624	1 217	875
b) für Bauten ohne Wohnungen . . .	528	3 875	2 083
2. Abgenommene Bauten			
a) Bauten mit Wohnungen . . .	1 420	6 036	3 366
b) Bauten ohne Wohnungen . . .	441	1 993	88
3. Rückgang an Wohnungen . . .	2 410	9 438	3 022
4. Wohnungen in den neuen Bauvorhaben . . .	3 123	20 126	31

Das Bauhandwerk im dritten Vierteljahr 34

Wie der Reichsstand des deutschen Handwerks mittelt, so die Gesamtzahl des Handwerks im dritten Vierteljahr 1934 nicht wesentlich anders als in den vorhergehenden Monaten. Die Beschäftigung, im allgemeinen bedeutend besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders war die Lage in den Zweigen, denen die Reichsbeschäftigungsmaßnahmen der Reichsregierung unmittelbar zugute an so beschaffen. Im bürgerlichen Handwerk setzte sich die Konjunkturbesserung nur langsam durch. Das für den Landwirtschaftlichen Bauhandwerk hatte in den Sommermonaten stärker zu tun, es hat sich noch unter den Auswirkungen der landwirtschaftlichen Schuldensorgen zu leiden. Soweit Preissteigerungen bei den Rohstoffen eintreten, so das Handwerk sie gewöhnlich selbst tragen, was nach wie vor zu einem Anlaß gab. Die Rohstoffversorgung des Handwerks war im allgemeinen ausreichend.

Bauhandwerk und Arbeitsbeschäftigung

Die Saisoninflüsse sind in diesem Jahre dadurch fast ganz ausgeschaltet worden, daß die Instandsetzungsaktion einen großen Teil der Bauaufträge vorweggenommen hatte. Straßenbau und Tiefbau waren unverändert gut beschäftigt. Das Hochbauwerk hatte beim Wohnungs- und Siedlungsbau Beschäftigung; der nach Abschluß der Instandsetzungsaktion einsetzende Rückgang an Aufträgen konnte dadurch teilweise ausgeglichen werden. Stärker war der Rückgang in den Baubetrieben, die an der Instandsetzungsaktion in starkem Umfange beteiligt waren und deren Saison frühzeitig zum Abschluß gekommen ist.

Das Kreditproblem.

Die Kreditfrage ist für das Handwerk nach wie vor von höchster Bedeutung; das gilt für die Erlangung von Personal- und Baupreisen, wofür die Kreditgewährung durch Genossenschaften und Sparkassen noch nicht ausreichend ist; es gilt ebenso für die Bankfinanzierung. Ohne Zweifel wird die Lösung für die Dauer von der privaten Initiative abhängen. Damit im Zusammenhang steht die Lösung der Frage der zweiten Hypothek. Das Handwerk ist hieran im höchsten Maße interessiert.

1934

34

Erleichterungen für Gasgerätebeschaffung, Gasfestigungserleichterung und
Anm. 1. Oktober 1934 gab der Reichslandwirtschaftsminister Schmidt
Lackgasse in Frankfurt am Main Aufschub über die Arbeits-
erleichterungen, die auch für das Handwerk sehr wesentliche Aufträge
erwarten lassen, geht hervor, daß die Erleichterungen für Gas-
beschaffung, Gasfestigungserleichterung und -neben einen Gesamt-
wert von annähernd 100 Millionen RM. erwirten werden.
Nur an Gasgeräten ist vor allem, daß die ganze Aktion in erster Gemeinschaft
zwischen den Energiewerken, dem Installationshandwerk und dem ein-
zelnen Fachhandel durchgeführt werden wird.

Beihilfen zum Silobau. Zurzeit stehen der Landesbauernschaft
in wieder einmal Mittel zum Bau von Einsäuerungsanstalten zur
Verfügung. Anträge werden Bauzinschüssen seit baldmöglichst an die
Landwirtschaftsschule zu richten. Die Beihilfe beträgt 4. — RM. je
Meter unmanierter Kautschuk mit Hochstränge von 200. — RM.
es. Falls der Bau nicht nach einer von der Landesbauernschaft
gekauften Beihilfe erfolgt, muß von der betreffenden Bauform
eine Zeichnung und eine statische Berechnung zur Prüfung eingebracht

Leihen der Invalidenversicherung. Das Reichsversicherungsamt
der Gewährung der Darlehen gewisse Erleichterungen eintreten
Die Landesversicherungsanstalten konnten schon vor einer in
den Fällen Darlehen nach eigenem Ermessen und ohne Ge-
nehmigung des Reichsversicherungsamtes bewilligen. Die Gewährung
in allen Fällen erforderlich, in denen der Zinssatz unter 5 v. H.
werden sollte. Nach den neuen Bestimmungen des Reichs-
versicherungsamtes ist dessen Genehmigung künftig jedoch nur dann noch
nötig, wenn das Darlehen zu einem Zinssatz unter 4 v. H. gewährt
soll. Nach wie vor können die Versicherer Darlehen in der
Form von erstgestellten Hypotheken erhalten, es sei denn,
daß die Darlehen eine ausreichende Bausicherheit z. B. in Form
einermaligen, prima Wechsels, das Giro einer sicheren Bank tragen
werden kann, was aber in den seltensten Fällen der Fall sein wird.

Autostraßenbau. Bei der Eröffnung des Wintersemesters des
hauses der Technik sprach auch der Generalinspektor für das
Straßenwesen, Dr.-Ing. Todt, über die Reichsautobahnen.
Reichsautobahn seien im Bau, 1100 km seien für den Bau frei-
willig, weitere 600 km würden in den nächsten Monaten für den Bau
geben, so daß bis zum Frühjahr 1935 7000 km dieses großartigen
netzes im Bau sein würden. Das gesamte Netz sei mit rund
versteigert. Bis zum Frühjahr 1936 würden rund 600 km befahrbar
sein. Ende des Jahres 1936 würden weitere 1000 km dem Verkehr
an werden. Im Frühjahr 1937 könnten schließlich folgende Fern-
netze in einer Gesamtlänge von rund 2700 km im Betrieb sein:
Hannover—Industriegebiet 450 km, Kassel—Frankfurt a. M.,
Münch.—Karlsruhe 300 km, Karlsruhe—Stuttgart—München—Landes-
autobahn, Stuttgart—Breslau 450 km und in verschiedenen Teilstrecken
700 km. Die Gesamtlänge der durch die Bau der Reichsautobahn
in Arbeit und unter Ausnutzung der Arbeiter bestritten wird. Diese
Beschäftigung halte sechs bis sieben Jahre an und bedachte
ökonomische Arbeitsbeschaffung auf lange Sicht. Die reine Lohn-
bezüge innerhalb der diesjährigen Baueinzel auf den Baustellen
erwerben beim Gesamtsummennehmen rund 25 Milliarden RM.

D. Ehrengleichheit des Handwerks. Der Reichsminister der Justiz
Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister den Amts-
richters Dr. Th. Köhling zum Vorsitzenden des Ehrengleichheits-
beirats des Deutschen Handwerks- und Gewerkeverbandes ernannt.
Der Vorsitzende und richterlicher Beisitzer wurde: Amts-
richter Dr. G. W. W. Richter, richterlicher Beisitzer wurde:
Amtsrichter Dr. G. W. W. Richter. Das Handwerk hat bekanntlich durch die Ver-
ordnung vom 15. Juni 1934 eine ständige Gerichtsbarkeit erhalten. Ihre
ist die Wahrung der Standesehre und des Gemeinwohls im
Handwerk. Die oberste Instanz dieser Ehrengleichheit ist der
Ehrengleichheitsbeirat beim Deutschen Handwerks- und Gewerkeverband.
Berlin in der Besetzung mit einem richterlichen Vorsitzenden,
richterlichen Beisitzern und drei Handwerkern als weiteren Beisitzern.

Verschiedenes

Meisterprüfungen.

Hildesheim. In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1934 haben
die Meisterprüfungen der Handwerkskammer Hildesheim die Meisterprüfung im
Handwerk bestanden: Kurt Teichberg, Altershausen, und Adolf
Teichberg, Verlahausen.

Baden, Vogt. Vor der staatlichen Baumeisterprüfungsbehörde in
Baden legten die Prüflinge ab: Kurt Dietz, Plauen, Gerhard Schunk,
Münsterberg, Johannes Leonhardt, Zschornau.

Tarifangelegenheiten.

Tarifordnung für Ostpreußens Holzgewerbe.

Die Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Ostpreußen hat
am 20. Januar 1934 (RGBl. I S. 45) nach Beratung im Sachver-
ständigenausschuß unter dem 18. 3. 1934 eine Tarifordnung für das Holz-
gewerbe des Wirtschaftsgebietes Ostpreußen erlassen. Durch diese
Tarifordnung wird die Treuhänderfestsetzung des Tarifvertrages vom
1. August 1933 aufgehoben. Die Tarifordnung ist ausführlich im Reichs-
gesetzblatt, Heftnummer 25, vom 5. 3. 1934, VI. Teil, Tarifgesetz-
blatt, veröffentlicht worden.

Unter Berücksichtigung der Unterschiede der wirtschaftlichen Ver-
hältnisse innerhalb der räumlichen Geltungsbereichs, sowie der sehr
unterschiedlichen gewerblichen Entwicklung derer Ostpreußen, in die
einzelnen Orte wie folgt eingeteilt werden: Ostpreußen I: Königs-
berg, Ostpreußen II: Allenstein, Elbing, Insterburg, Gumbinnen, Tilsit;

Ostpreußen III: Braunsberg, Georgensvalde, Cranz, Rauschen, Goldau,
Lück, Marienberg, Marienwerder, Neuhäuser, Neukuhnen, Osterode,
Ragda, Warmken, Ostelsburg, Labiau, Pillau, Fischhausen; Ostpreußen IV:
Alle nicht namentlich aufgeführten Orte, soweit solche nicht nach 8 des
bisherigen Tarifvertrages für das ostpreussische Holzgewerbe abge-
schlossen am 12. 6. 1926, erneuert am 24. 3. 1931, als Vor- oder Nach-
barte der in I bis III bezeichneten Städte gelten.

Lohnstaffelung:

	I	II	III	IV
Facharbeiter über 22 Jahre	78	71	67	61 Pt.
von 20—22 Jahren	70	64	60	55 Pt.
von 18—20 Jahren	62	56	53	48 Pt.
von 16—18 Jahren	53	48	45	40 Pt.
Hilfsarbeiter über 22 Jahre	66	60	57	51 Pt.
von 20—22 Jahren	59	54	51	46 Pt.
von 18—20 Jahren	53	48	46	41 Pt.
von 16—18 Jahren	36	33	31	28 Pt.
Facharbeiterinnen über 22 Jahre	55	50	47	43 Pt.
von 20—22 Jahren	49	45	42	38 Pt.
von 18—20 Jahren	43	39	37	34 Pt.
von 16—18 Jahren	31	27	25	22 Pt.
Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre	46	42	40	36 Pt.
von 20—22 Jahren	41	37	35	32 Pt.
von 18—20 Jahren	37	34	32	29 Pt.
von 16—18 Jahren	25	23	21,5	19,5 Pt.

Obige Lohnsätze sind Mindestsummenhöhen.

Lehrlinge ohne Kost und Wohnung beim Meister, erhalten für die
einzelnen Lehrjahre in allen Ostpreußen eine Kostgeldbeihilfe in Höhe
der nachstehend aufgeführten Wochenentschädigungssätze: im 1. Lehr-
jahr 4. — RM., im 2. Lehrjahr 5. — RM., im 3. Lehrjahr 6. — RM., im
4. Lehrjahr 6. — RM., im 4. Lehrjahr außerdem vierteljährlich 13. — RM.
als Beihilfe zum Besuch der Handwerkerschule.
Jedes Gefolgsschüler, einschließlich der Lehrjahre über 18 Jahre,
hat einen unbedingten Anspruch auf Urlaub, wenn es in gleichem Jahr
diese Tarifordnung fallenden Betrieb mindestens sechs Monate beschäftigt
war. Die Urlaubsdauer beträgt: nach 6 monatiger Betriebszugehörigkeit
3 Arbeitsstage jährlich, nach 12 monatiger Betriebszugehörigkeit 6 Arbeitsstage
jährlich, nach 3 jähriger Betriebszugehörigkeit 7 Arbeitsstage jährlich, nach
5 jähriger Betriebszugehörigkeit 8 Arbeitsstage jährlich, nach 10 jähriger Be-
triebszugehörigkeit 9 Arbeitsstage jährlich.

Lehrjahre und begünstigten Arbeiter ist unter Fortzahlung der
Kostgeldbeihilfe bzw. des Lohnes bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ein
Urlaub von 12 Arbeitstagen für jedes Jahr der Beschäftigung zu gewähren.
Für die Dauer der Urlaubszeit haben die Gefolgsschüler und Arbeiter
Anspruch auf den tariflichen bzw. vereinbarten Lohn. Jeder Ferientag
wird zu 8 Arbeitsstunden berechnet.

Todesfälle.

Genäh. Anb. Baunternehmer Willy Köpfer, 47 Jahre.

Stendal. Zimmermeister Friedrich Neuhoff, 72 Jahre.

Verbands-, Vereins-, usw. Angelegenheiten.

Deutsche Gesellschaft für Bauwesen. Auf der vor Kurzem in Mün-
chen stattgefundenen Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für
Bauwesen (DGB), über die wir bereits in unserer Nr. 40 berichteten,
die hiesige Vorsitzende, Stadtbaurat Elkart-Hannover, sein Amt dem
Guh. Regierungsrat Prof. Dr.-Ing. Herwig-Berlin; dieser befragte folgende
Herren in den Vorstand: Oberbaudirektor Beblo-München, Reichsbau-
direktor Geh. Rat Dr.-Ing. Schaefer-Berlin, Dr.-Ing. Hertel-Berlin, Minis-
terialrat Dr.-Ing. Nonn-Berlin und Reichsbaudirektor a. R. Schenk-
Berlin. Als Vorsitzende der Fachgruppen: Geh. Rat Prof. Dr.-Ing. Sie-
mann-Müller-Berlin (Konstruktiver Ingenieurbau), Dr. Langbein-Berlin
(Abwasserfachgruppe), Prof. Dr.-Ing. Georg Müller-Berlin (Kraut-
verkehrsbau), Stadtbaurat Neumeier-Frankfurt a. M. (Dn. Akademie für
Stadt- und Landesplanung) und Reg.-Baurat a. D. Stenemann-
Leipzig. Als Beisitzer: Stadtbaurat Prof. Elkart-Hannover, Stadtbau-
direktor Dr.-Ing. Rendschmidt-Berlin, Prof. Dr.-Ing. Rein-Breslau, Reg.-
Baumeister Kossel-Dormand, Reichsbauamt, Nagels-Strassburg und Prof.
Dr.-Ing. Ludin-Berlin. In den neu geschaffenen Ämtern wurden die
Herren Stadtbaurat Prof. Elkart, Min.-Rat Busch und Min.-Rat Dr.-Ing.
Nonn gewählt.

Bund Deutscher Architekten E. V. In den Tagen vom 26. bis 28. Ok-
tober findet in München die erste Jahresversammlung des Bundes Deutscher
Architekten statt. Auf dieser Tagung wird Bericht gegeben über die
von Bund und Einzelmitgliedern geleisteten Arbeiten. Der Bund hat zu erfüllen
den Aufgaben und über die kulturellen Ziele deutscher Baukunst. In der
öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags,
werden sprechen: der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste,
Prof. Eugen Hölz, München, und der Vorsitzende des Bundes Deutscher
Architekten, Prof. C. K. Löcherer, Berlin.

Ein Reichskrat der Glas- und Glaserhandwerk. Handwerk und Großhandel
haben einen gemeinsamen Schritt beim Reichswirtschaftsministerium ein-
geleitet, der die Ordnung des Marktes im Glas- und Glaserhandwerk zum
Ziele hat. Durch die sogenannte „Tischordnung“ werden die Künste zu erfüllen
der Aufgaben und über die kulturellen Ziele deutscher Baukunst. In der
öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags,
werden sprechen: der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste,
Prof. Eugen Hölz, München, und der Vorsitzende des Bundes Deutscher
Architekten, Prof. C. K. Löcherer, Berlin.

Die Wirtschaftsgruppe Sägelindustrie. Berlin W 11, Strassemannstraße
Nr. 56, ist seitens des Reichswirtschaftsministers als die zuständige Ver-
tretung für die Wirtschaftsgruppe Sägelindustrie ernannt worden. Der Ver-
tragsgruppe werden alle Unternehmer und Unternehmen angeschlossen,
die im stehenden Gewerbe in einem Fabrikationsbetrieb Bau- und Nutz-
holz, Möbelschneiderei, Telegrafenteile und Eisenbahnwagen, Brennholz
oder Furniere industriell herstellen. Als Führer dieser Wirtschaftsgruppe
wurde Reinhardt Klöpfer, München, bestellt.

